



ZFI-Report

**Dokumentation zur ZFI-Frühjahrstagung
am 10. Juni 2017**



ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**



ZFI-Report

**Dokumentation zur ZFI-Frühjahrstagung
vom 10. Juni 2017**

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Kleine Reihe, Heft 3

Redaktion: Gernot Facius

© Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI)

Vorstand: Gernot Facius, Dr. Hannes Kaschkat, Sepp Papmahl.

Impressum: Sepp Papmahl, Steinbruchstr. 31, 85095 Zandt/Ingolstadt.

Satz/Druck: Satzbüro Thomas, Bonn

Internet: www.zfi-ingolstadt.de

E-Mail: kontakt@zfi-ingolstadt.de

Vereinsregister Ingolstadt – Gemeinnützig anerkannt.

Konto: Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt

Deutsche Bank Ingolstadt IBAN: DE 12 7217 0024 0245 1417 00

BIC (SWIFT): DEUTDEDB 721

Dokumentation zur ZFI-Frühjahrstagung vom 10. Juni 2017

Inhalt

<i>Gernot Facius</i>	Vorwort	5
<i>Mario Kandil</i>	Die Umerziehung der Deutschen nach den beiden Weltkriegen 1914/18 und 1939/45	7
<i>Gebhard Geiger</i>	Politik und Sicherheit im digitalen Zeitalter	35
<i>Gernot Facius</i>	Zweierlei Schicksal: Vertriebene damals, Migranten heute	49

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer
der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt!

Die ZFI lebt. Das wird durch die Nachfragen nach den jüngsten Ausgaben des ZFI-Reports bestätigt, und das zeigt auch der „Besuch“ einer Gruppe der Ingolstädter Antifa während der Frühjahrs-tagung 2017. Man kann darin ein Zeichen erkennen, dass die ZFI weiter als ein relevanter Faktor in der aktuellen Geschichtsdebatte wahrgenommen wird. Das macht durchaus Mut. Die Referate haben in diversen Blättern ihren Niederschlag gefunden. Die örtliche Presse und der Ingolstädter Lokalfunk (siehe das Foto auf der Titelseite) berichteten über die Tagung, allerdings auf eher kommentierende, wenig objektive Weise. Aber, und das ist das Entscheidende, beide Medien konnten die Veranstaltung nicht verschweigen.

Drei Vorträge an einem Tag – diese Bündelung hat sich, so meine ich, als sinnvoll erwiesen. Die ZFI demonstriert damit zugleich, dass sie thematisch breit aufgestellt ist und sich auch nicht scheut, die Herausforderungen der Gegenwart in ihre Arbeit einzubeziehen.



Ich danke allen, die zum Gelingen der Veranstaltung und an der Zusammenstellung dieses Reports beteiligt waren.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Gernot Facius

Dr. Mario Kandil

Die Umerziehung der Deutschen nach den beiden Weltkriegen 1914/18 und 1939/45.

Seit der „historischen“ Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (CDU) hat sich auch in der Bundesrepublik Deutschland offiziell die Sichtweise durchgesetzt, der 8. Mai 1945 habe die „Befreiung“ durch die Alliierten gebracht:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“¹

Das, was für den Ex-Bundespräsidenten - und für alle Politiker der etablierten Parteien in der Bundesrepublik - als „Befreiung“ gilt, bewertete Dwight D. Eisenhower (1890-1969), am 8. Mai 1945 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa und nach Kriegsende über die US-Besatzungstruppen in Deutschland, vollkommen anders. Er sagte ausdrücklich:

„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.“²

Der spätere Präsident der USA wäre also niemals auf den Gedanken gekommen, sich als „Befreier“ zu definieren. Vielmehr sah er die

¹ Richard von Weizsäcker, Bonn, 8. Mai 1985, URL: <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0525/geschichte/parlhist/dokumente/dok08.html>

² Dwight D. Eisenhower, o. O., April 1945. Zitiert nach: Hans-Peter Schwarz: Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln / Weimar 2008, S. 389.

US-Armee in der Rolle des Eroberers und machte aus dieser Meinung auch kein Hehl. Eisenhower begriff sich zwar nicht als Unterdrücker, verbarg jedoch seine Verachtung für das deutsche Volk (und nicht nur für die Nazis) keineswegs. Daß sich dies in seiner Präsidentschaft nach außen hin änderte, hing primär damit zusammen, daß die USA Westdeutschland im Kalten Krieg gegen die östliche Führungsmacht UdSSR als Hilfstruppe benötigten.

Zunächst aber sah alles ganz anders aus. Die alliierten Siegermächte – USA, Großbritannien, UdSSR, Frankreich – hatten sich vorgenommen, „den Deutschen vor Augen zu führen, was sie getan und in ihrem Namen zugelassen hatten“³. Im Anschluß an das, was die US-Amerikaner die drei „D“ (Denazifizierung, Demilitarisierung, Deindustrialisierung) nannten, sollte die „Demokratisierung“ der deutschen Gesellschaft folgen. Während die drei „D“ mittels Befehlen von oben durchgeführt werden konnten, ließ sich das bei der „Demokratisierung“ nicht so einfach handhaben. Die USA nannten ihr Programm dafür „Reeducation“. Das wird allgemein mit „Umerziehung“ übersetzt und verstanden, war aber nach US-Verständnis ein Programm zur Rückführung der Deutschen zur Demokratie. In der ersten, von Bestrafung geprägten Phase (1945-1946) mußten diese als Aussätzige unter den Völkern der Welt „nachsitzen“ und Strafarbeit verrichten.

Wie wir wissen, üben Medien einen nicht eben unbedeutenden Einfluß auf die Meinungs- und Willensbildung der Menschen aus. Daher ist es nachvollziehbar, daß die alliierten Sieger des Zweiten Weltkriegs alles unternahmen, um diese eminent wichtigen Instrumente in ihren Händen zu halten, zur Zeit der Niederlage Deutschlands und bis in die Gegenwart hinein. Die meisten Deutschen

3 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Das Re-education-Programm wird gestartet, URL: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/2144>

haben sich daran gewöhnt, diese vor allem von US-Amerikanern und Briten ausgeübte Einflußnahme nicht etwa als Drohung zu sehen. Nein, das Ganze sei vielmehr als Wunsch „guter Freunde“ zu verstehen, bloß solche Meldungen in der Öffentlichkeit wahrzunehmen, die die so „freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten nicht belasten können. Diese Entwicklung hin zu einer ziel- und zweckgebundenen, aber nicht aufrichtigen Medienlandschaft oder –kultur begann ganz allgemein nicht mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945, sondern rund 100 Jahre zuvor. Daher wird auf die eigentlichen Ursprünge der 1945 einsetzenden Umerziehung der Deutschen nachfolgend ein genauer Blick geworfen.

Antideutsche Propaganda in Großbritannien während des 1. Weltkriegs

Psychologische Kriegführung gilt gemeinhin als britische Erfindung, und so ist auch in Großbritannien zu beobachten, wie die Medien und besonders die Massenpresse der Kriegsvorbereitung und ab 1914 auch der Kriegführung dienten. Im Ersten Weltkrieg gelang es den Briten, mittels Karikaturen, durch Flugblätter, später auch über den Film das Bild des Deutschen auf Dauer gravierend zu beschädigen, alles Deutsche (von diesem speziell das Preußische) zu dämonisieren und in den Völkern der Welt (in den USA ganz besonders) Abscheu, Haß und das Streben nach Rache für (fiktive oder reale) deutsche Missetaten zu erwecken. Wem man über lange Jahre hinweg ausschließlich Negatives über ein anderes Volk vorsetzt, wer auf Plakaten, in Zeitungen und in Filmen Lebewesen sieht, denen offenkundig alles Menschliche fehlt, der wird am Ende glauben, er selber tue nichts Böses, wenn er einen Angehörigen dieses Volkes schikaniert, erniedrigt oder sogar tötet.

War noch 1832 der Herausgeber der „Times“, John Delane (1817-1879), der Meinung, daß es die Pflicht des Journalisten - wie des Historikers - sei, vor allen Dingen die Wahrheit herauszufinden, definierte wenige Jahre später der amerikanische Zeitungsverleger und Redaktionschef der „New York Times“, John Swinton (1829-1901), das ganz anders: So etwas wie eine unabhängige Presse gebe es in der Welthistorie doch überhaupt nicht. Das Geschäft des Journalisten bestehe darin, „die Wahrheit zu zerstören; unumwunden zu lügen; zu pervertieren; zu verleumden“⁴. Swinton brachte es in brutaler Offenheit auf den Punkt: „Wir sind intellektuelle Prostituierte.“⁵

Nicht lange danach - aber noch vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs - erschien immer häufiger der Deutsche als „Hunne“ oder als „blutsaufende Bestie“ in den Tageszeitungen Großbritanniens. Sein bloßer Anblick löste bei sehr vielen Briten Ängste und Haß aus. Dies belegen u. a. die zahlreichen Leserbriefe, die von den Zeitungen jeden Tag veröffentlicht wurden – natürlich mit der Intention, die antideutsche Stimmung weiter anzuheizen.

Gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde auf Initiative von Premierminister David Lloyd George (1863-1945) ein „Amt für Kriegspropaganda“ geschaffen. Dieses sollte in Großbritannien die für die Alliierten „richtige“ Meinung „machen“. 1918 wurde Lord Beaverbrook (bürgerlich: William Maxwell „Max“ Aitken, 1879-1964) zum Leiter des neuen Informationsministeriums (MOI), dem die Feindpropaganda unter Lord Northcliffe (bürgerlich: Alfred Harmsworth, 1865-1922) unterstand. Ehe dieser in seinen Massenblättern Stimmung für den „guten“ Zweck des Krieges gegen das

4 Zitiert nach: Richard O. Boyer / Herbert M. Morais: *Labour's Untold Story*, New York 1955, S. 187 (im englischen Original: „to destroy the truth; to lie outright; to pervert; to vilify“).

5 Zitiert nach: ebenda (im englischen Original: „We are intellectual prostitutes.“).

Deutsches Reich und Österreich-Ungarn machte, waren die Bilder der Greuelpropaganda schon in die Hirne der meisten Briten eingebrannt. Als deutsche Missetaten wurden aufgeführt: Hinrichtungen von Zivilisten in Belgien, Folterung und Verstümmelung belgischer Frauen, Abhacken von Kinderhänden und vieles andere mehr. Im „Bryce-Bericht“ wurden diese Widerwärtigkeiten zusammengefaßt und für nur einen Penny unter das Volk verteilt. Als 1925 eine Kommission von Wissenschaftlern dieses „Meisterstück“ britischer Kriegspropaganda zu weiten Teilen als Fälschung entlarvte, war aber das Bild vom „bösen“ Deutschen schon längst vollendet. Presse, Radio und Film hatten ihre Aufgabe erfüllt und zum Sieg über das Deutsche Reich und seine Verbündeten beigetragen.

Gleichwohl war all das den britischen Deutschenfeinden noch nicht genug. Lord Northcliffe schlug 1918 vor, das Amt für Feindpropaganda in ein Amt für Umerziehung umzuwandeln. Er stürzte damit Lord Beaverbrook in Überlegungen, ob das Amt für Kriegspropaganda nicht auch in Zeiten des Friedens eine wichtige Rolle zu spielen vermöge. Für diese Angehörigen der herrschenden britischen Klasse hatte Propaganda durchaus eine erzieherische Aufgabe, denn sie meinten, daß diese noch weit über den Krieg hinaus das Bild vom „preußischen Unhold“ fortleben müsse.⁶

Im Ersten Weltkrieg war die britische Propaganda jedenfalls eine Waffe, der die Deutschen nichts entgegenzusetzen vermochten. Selbst Hitler lobte später deren „wahrhaft geniale Berechnung“. Und auch das Kino besaß seinen Anteil daran, daß im Ersten Weltkrieg nationales Pathos auf der Insel Hochkonjunktur hatte. Solch niederträchtige Propagandastreifen wie „Die Klauen der Hunnen“, „Der preußische Hundesohn“ oder „Der Kaiser, die Bestie von Ber-

⁶ Vgl. dazu u. a. Michael L. Sanders / Philip M. Taylor: Britische Propaganda im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Berlin 1990.

lin“, die spätere Hollywood-Machwerke vorwegnahmen, brannten sich in das kollektive Gedächtnis ein und lebten als Erinnerung weiter. Über die „Erfindung des häßlichen Deutschen“ sind im deutschsprachigen Raum in jüngster Zeit zwei sehr aufschlußreiche Untersuchungen erschienen, die aufzeigen, daß die Haßfigur des „bösen“ Deutschen keineswegs erst aus der Hitlerzeit stammt, sondern schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs als Popanz skrupelloser Propaganda kreiert wurde.⁷

Von Großbritannien beeinflusste antideutsche Propaganda in den USA vor ihrem Eintritt in den 1. und 2. Weltkrieg

Wenn der Historiker Golo Mann (1909-1994) postulierte, wir sollten uns mit der eigenen Geschichte beschäftigen, da sich nur so die Zukunft in den Griff bekommen ließe, so ist diese Forderung nur sehr schwer zu erfüllen. Denn die Optik der linientreuen deutschen Historiker und der sie unterstützenden Medienclaqueure ist von der deutschen Vergangenheit so verklebt, daß sie es nicht gestattet, über den Tellerrand hinauszublicken oder in der Historie anderer Völker nach ebenfalls unrühmlichen Seiten zu suchen. Letzteres ließe sogleich die Beschuldigung aufkommen, die deutschen Verbrechen relativieren zu wollen, deren Singularität zu bezweifeln, ja, schlimmer noch, ein „rechter“ Nationalist oder sogar noch etwas Schlimmeres zu sein. Trotz alledem kann ein Blick in die britische, US-amerikanische und französische Presse durchaus wertvolle Erkenntnisse bringen. Denn mit Hilfe der Propaganda (die sich dort findet) wurde und wird das Denken der Welt kontrolliert. Zwar liegen auch nach Meinung des US-amerikanischen Linguisten, Politologen und Philosophen Noam Chomsky in Großbritannien die Ursprünge der

⁷ Es handelt sich dabei um: Karlheinz Weißmann: 1914. Die Erfindung des häßlichen Deutschen, Berlin 2014. Helmut Roewer: Kill the Huns – Tötet die Hunnen! Geheimdienste, Propaganda und Subversion hinter den Kulissen des Ersten Weltkrieges, Graz 2014.

Propaganda. Doch das Empire wollte mit dieser nicht nur Halbwahrheiten und Lügen verbreiten, sondern verfolgte im Ersten und Zweiten Weltkrieg auch und nicht zuletzt das Ziel, die USA zum Kriegseintritt auf der Seite der Alliierten zu bewegen.

Der Leiter der Amerikaabteilung im britischen Informationsministerium, Gilbert Parker (1862-1932), war aufgrund eines vorher gesponnenen dichten Netzes von Sympathisanten in der Lage, zur Zeit des Ersten Weltkriegs in den USA Informanten und Agenten zu mobilisieren. Diese hatten durch ihre Wühlarbeit dafür zu sorgen, daß die Vereinigten Staaten gegen Deutschland und seine Alliierten in den Krieg eintraten. In den USA nahm sich in den Jahren 1916 und 1917 die nach ihrem Leiter George Creel (1876-1953) benannte „Creel Commission“ als Komitee für Öffentlichkeitsinformation der Aufgabe an, mittels geeigneter Propaganda die Bevölkerung auf die Teilnahme der USA am Ersten Weltkrieg einzustimmen. Dieses Propagandainstrument der Regierung des angeblich so friedliebenden Präsidenten Woodrow Wilson (1856-1924) sorgte landesweit für gehörige Verbreitung des Klischees vom „Hunnen“. Es führte einen für die damalige Zeit intensiven Propagandafeldzug nach dem Vorbild der britischen Presse und der von ihr global betriebenen antideutschen Hetze. Tatsächlich waren diese Aktivitäten dann auch von Erfolg gekrönt: In kürzester Zeit machten die Briten und ihre Helfershelfer in den USA aus einer friedfertigen Bevölkerung eine von Hysterie geschüttelte, nach Krieg gegen die „Hunnen“ schreiende Meute. Damit war es der Führungsschicht des britischen Empires gelungen, ihre Abneigung gegen Deutschland (die aus dessen wirtschaftlicher Konkurrenz zu Britannien resultierte) auf die USA zu übertragen. Wer dachte jetzt noch an die amerikanisch-britische Rivalität aus früheren Zeiten? Vielmehr war nun die besondere Beziehung („special relationship“) angesagt.

Was sich im Ersten Weltkrieg gegen das Deutsche Reich abgespielt hatte, wiederholte sich im Zweiten Weltkrieg. Diese Aussage ist keineswegs eine Verschwörungstheorie, denn die „Washington Post“ vom 17. September 1989 ließ ihre Leser wissen, daß seit 1940 britische Agenten in US-Blättern heftig Stimmung gegen das „Dritte Reich“ gemacht hätten. Jene Zeitung, die den Watergate-Skandal aufgedeckt hatte, schrieb, daß die Agenten Großbritanniens Nachrichtenagenturen und Radiostationen einer Manipulation unterzogen, politische Gegner in US-Kongreß und US-Gewerkschaften öffentlich angegriffen, politische Freunde bestochen und vieles andere mehr an üblen Machenschaften getrieben hätten. In Großbritannien holte der schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs massiv antideutsch gesonnene Premierminister Winston Churchill (1874-1965) den bereits einschlägig bekannten Lord Beaverbrook als Minister für Rüstungsproduktion in sein „Kriegskabinett“. Dem 1918 gegründeten MOI unterstand auch die BBC mit ihren zahlreichen deutschen Helfern.⁸

Schon 1939 hatten die Briten unter strenger Geheimhaltung ihre Bemühungen begonnen, die ehemalige Kolonie USA für einen erneuten Kriegseintritt gegen Deutschland zu gewinnen. Wie 1916 gelang es den britischen Propagandafachleuten auch 1940, unter den Amerikanern die Angst vor den „häßlichen Hunnen“ zu schüren. Anhand ihres Geburtsdatums lassen sie sich alle als Angehörige einer Generation bezeichnen, für die das Britische Empire die Verkörperung des Guten, Deutschland jedoch der „natürliche“ Gegner war. Viele von ihnen hatten England bereits im Ersten Weltkrieg gedient, sie hatten diesen Krieg mit dem Bewußtsein von Erwachsenen erlebt und durch die Kriegspropaganda ein entsprechendes Bild von Deutschland eingepflicht bekommen. Dieses saß tief und bestimmte

⁸ Vgl. dazu u. a. Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg: Fußnoten, 3. Auflage, Stuttgart 1971.

den Kurs, den sie meinten, gegenüber den „Hunnen“ einschlagen zu müssen. Eine deutlich verbesserte Technik machte diese Männer effizienter als 1914. Sie kamen aus regierungsamtlichen Zirkeln, besonders aus dem Auswärtigen Amt, „Foreign Office“ (FO), und der Ministerialbürokratie. Dazu kamen bekannte Journalisten, die aus Kreisen von Industrie und Hochfinanz sowie aus den Propagandaabteilungen des Geheimdienstes stammten. Versiert im „Kampf im Dunkeln“, hatten sie oft divergierende Interessen, doch was sie alle vereinte, das waren die Gloriole Britanniens und die Aversion gegen alles Deutsche.

Henry Wickham Steed (1871-1956), von 1919 bis 1922 Chefredakteur der Londoner „Times“, wurde schon in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg Churchills politischer Berater und legte 1940 ein Programm mit Kriegszielen vor, das Deutschlands Zerstückelung und überdies Gebietsabtretungen in großem Stil sowie Massenausreibungen beinhaltete. Doch die treibende Kraft hinter den Kulissen war Robert Vansittart (1881-1957), ein kompromißloser Apologet des Britischen Empires und zudem ein unbelehrbarer Deutschenhasser. Schon im Jahre 1937 hatte er in den USA für einen „Kreuzzug für Freiheit und Demokratie“ die Werbetrommel gerührt und ziemlich große Resonanz gefunden. In seiner Funktion als Leiter des Koordinationskomitees für die britische Auslandspropaganda konnte er seinen antideutschen Empfindungen freien Lauf lassen und die Massen damit infizieren. Selbst der spätere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992), ganz gewiß kein „Rechter“, befand 1946, daß die simplifizierende Kriegspropaganda des „vulgären Vansittartismus“ alle Deutschen als „von Natur aus schlecht“ über einen Kamm schere und das „andere“ Deutschland als politische Kraft ebenso ignoriere wie behindere.⁹

⁹ Willy Brandt: Verbrecher und andere Deutsche, Bonn 2007, S. 45.

In Großbritannien begann bereits 1938 der Aufbau einer zentral gelenkten Kriegspropaganda. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, die einheimische Bevölkerung auf den Krieg einzustimmen, den die politische Führung in ihrer Mehrheit anstrebte. An der Spitze des Organisationsschemas (das dem des Ersten Weltkriegs überaus ähnlich gewesen sein muß) stand ein Ausschuß für politische Kriegführung, „Political Warfare Executive“ (PWE). Dieser wurde auf Vorschlag des FO im August 1940 gegründet. Im PWE sind all jene Gremien anzusiedeln, die ins Leben gerufen wurden, um mittels Propaganda im In- wie Ausland die Menschen zu beeinflussen. Sämtliche geheimen Ausschüsse, die vom FO oder auf Initiative des Premierministers persönlich kreiert wurden, dienten einem einzigen Ziel – nämlich das Deutsche Reich auf Dauer als Machtfaktor zu eliminieren, seine ökonomische Stärke zu zerstören und vor allem dafür Sorge zu tragen, daß sich Deutschland von seiner Niederlage nicht mehr erholte.

Einflußnahme auf das Denken der Deutschen

Ein Brite, der die psychologische Kriegführung gegen Deutschland perfektionierte, war Sefton Delmer (1904-1979). Nach einem Artikel im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom 8. September 1954 war es das Ziel des im Mai 1904 in Berlin geborenen Delmer, die Moral der Truppe und der „Heimatfront“ zu zersetzen. Dieser raffinierte Psychokrieger beschäftigte in seiner Truppe viele Deutsche, darunter auch Otto John, den späteren Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz. Überdies entsandte Delmer einen Teil seiner Leute nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht in das total besiegte Feindesland, um so die deutsche Medienlandschaft gemäß der Umerziehung völlig umzukrempeln.

Der Sohn eines australischen Anglistikprofessors hatte Adolf Hitler persönlich kennengelernt und ihn 1932 auf dessen Wahlkampfreisen begleitet. Delmer selbst¹⁰ beschrieb, mit welchen Mitteln er die Ideologie des Nationalsozialismus bekämpfen wollte. In seinen Augen stellte der Krieg vor allem eine Nervenschlacht dar, in der „alles erlaubt“ war, „jeder Griff“, der „schmutzigste Trick“, „je übler, um so besser“, „Lügen, Betrug – alles“¹¹. Und wenn dies nicht genügte, traten andere Psychokrieger, wie sie die US-Journalistin Freda Utlely erwähnt¹², ein. In echten „Haßkursen“ erhielten die Soldaten der US-Armee eine professionelle Schulung, mit wem sie es in Deutschland zu tun haben würden. So handelten die Amerikaner nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht entsprechend. Unter Bruch des geltenden Völkerrechts erfolgte eine bleibende, unsichtbare Besetzung, indem Personen an die Schalthebel zeitgemäßer Massenbeeinflussung und –täuschung gestellt wurden, die den Willen der US-Besatzungsmacht durchsetzten. Sie kontrollierten die Verlage, die Presse, den Rundfunk und – in späterer Zeit – auch das Fernsehen. Dies ist bis heute so geblieben.

US-amerikanische Medienpolitik im 2. Weltkrieg

US-Regierungskreise fragten sich bereits lange bevor es wirklich dazu kam, wie mit den Deutschen nach deren bedingungsloser Kapitulation umzugehen sei. Doch wie schon im Ersten Weltkrieg, so war es erst zwingend notwendig, das amerikanische Volk zum Haß auf alles Deutsche zu bewegen, denn im September 1942 wußte knapp die Hälfte der US-Bürger einer Umfrage zufolge immer noch nicht, weshalb ihr Land im Zweiten Weltkrieg überhaupt mitkämpf-

10 Sefton Delmer: Die Deutschen und ich. Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen von Gerda von Uslar, Hamburg 1963.

11 Ebenda, S. 590.

12 Freda Utlely: Kostspielige Rache, 5. Auflage, Hamburg 1950, S. 30.

te.¹³ Mithin begann die Vorbereitung der US-Öffentlichkeit in den Medien mit ihrer Schrittmacherfunktion. Sie machten ihre Sache so gut, daß im Zusammenhang mit dem „Kreuzzug für eine bessere Welt“ bereits 1943 eine generelle Verhärtung festzustellen war. Über die Medien wurde den US-Bürgern ein Deutschlandbild eingepflegt, das jenem sehr ähnlich war, das diese im Ersten Weltkrieg zu Angst, Massenhysterie und Haß auf alles Deutsche veranlaßt hatte. Dieser Haß wurde nach dem US-Journalisten Benjamin Colby¹⁴ planmäßig von einer halbamtlichen Regierungsstelle, dem „Verband der Kriegsschriftsteller“, gesteuert. Die Regierung des „Friedensfürsten“ Franklin D. Roosevelt benutzte rund 5.000 Schriftsteller, Tausende von Zeitungen, über 600 Rundfunkstationen und 1.150 Schulungsoffiziere für diese große antideutsche Kampagne, an der sich natürlich auch die „Traumfabrik“ Hollywood mit zahlreichen deutschfeindlichen Haßfilmen beteiligte. Was während des Ersten Weltkriegs funktioniert hatte, verfehlte auch während des Zweiten Weltkriegs seine Wirkung nicht.

Während der US-Kriminalschriftsteller Rex Stout (1886-1975) seine extrem deutschfeindliche Gesinnung in der Öffentlichkeit permanent kundtat, in dem Artikel „We shall hate, or we shall fail“¹⁵ zu uneingeschränktem Haß gegen alle Deutschen aufrief, davon schwadronierte, sie zu „erschließen, auszuhungern, zu töten, ihre Städte zu zerstören, ihre Fabriken und Gärten zu bombardieren“¹⁶, erhob Erika Mann (1905-1969), die Tochter des deutschen Schriftstellers Thomas Mann (1875-1955), die Forderung nach einer har-

13 Jacques R. Pauwels: Der Mythos vom guten Krieg. Die USA und der Zweite Weltkrieg, Köln 2003, S. 21.

14 Benjamin Colby: 'Twas a famous victory. Deception and Propaganda in the War with Germany, New York 1975.

15 Deutsche Übersetzung: „Wir werden hassen, oder wir werden scheitern.“ Das amerikanische Original erschien in: New York Times Magazine, 17. Januar 1943.

16 Zitiert nach: URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Rex_Stout

ten Behandlung und durchgreifenden Umerziehung der Deutschen. Und auch Willy Brandt ließ sich ähnlich vernehmen, jedoch warnte er immerhin vor der von den Vansittartisten betriebenen Pauschalverurteilung der Deutschen. Der spätere Bundeskanzler befand, nur geflüchtete Deutsche könnten die Reeducation durchführen, aber die in den USA lebenden deutschen Emigranten hatten weit radikalere Vorstellungen.

Vansittartismus in den USA

Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau (1891-1967) teilte ohne Einschränkung die Ansichten Vansittarts und wollte mit den Deutschen „tabula rasa“ machen. In seinem nach ihm benannten Plan vom 10. September 1944¹⁷ verlangte er nicht bloß, das Deutsche Reich nach Kriegsende in mehrere zu demilitarisierende Einzelstaaten aufzuspalten, sondern diese auch in reine Agrarstaaten umzuwandeln. Doch der Enkel jüdischer Einwanderer aus Mannheim entwarf in seinem berüchtigten Plan auch schon in Grundzügen ein Programm der Umerziehung. Alle deutschen Schulen und Universitäten sollten so lange geschlossen bleiben, bis eine alliierte Erziehungskommission ein neues Gestaltungsprogramm ausgearbeitet haben würde. Dafür konnte nach Punkt 6 des Morgenthau-Plans sogar eine geraume Zeit vergehen.¹⁸ Immerhin sollte es in der Zwischenzeit deutschen Studenten nicht verwehrt bleiben, an Universitäten im Ausland zu studieren. Sobald „geeignete“ Lehrer und Lehrbücher vorhanden waren, sollten in Deutschland die Elementarschulen geöffnet werden. Ähnliches sah der Morgenthau-Plan für

¹⁷ Dieser damals nur durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangte Plan trug die Überschrift „Program To Prevent Germany From Starting a World War III“ (deutsche Übersetzung: „Programm, um Deutschland am Beginn eines Dritten Weltkriegs zu hindern“).

¹⁸ Kurt Düwell: Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945-1961). Eine dokumentierte Einführung, Köln / Wien 1981, S. 10.

die deutschen Rundfunkstationen und die deutsche Presse vor.¹⁹

Auch der Brite Louis Nizer (1902-1994), ein einflußreicher Rechtsanwalt in New York, zählte zu den Anhängern Vansittarts in den USA. Er legte in seiner Schrift „Was tun mit Deutschland?“ aus dem Jahr 1944 eine Vielzahl von Vorschlägen vor, wie mit den Deutschen nach deren Niederlage zu verfahren sei. Wie das nun im Detail umgesetzt werden sollte, das legte die von dem Morgenthau-Plan geprägte Direktive JCS 1067 nahe. Hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich die Direktive der „Joint Chiefs of Staff“ (deutsch: Vereinigte Stabschefs) an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland.²⁰ Von ihr wurden bis März 1945 noch fünf weitere Fassungen erstellt, wobei die Überschrift „Interim Draft Directive“ lautete. Die Härte der geplanten Leitlinien wurde erst im Januar 1945 gemildert, als im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Sicherheitsfragen James Forrestal, der „Secretary of the Navy“, sich gegen die bisherige Form von JCS 1067 sowie gegen jede Politik aussprach, deren Ergebnis ein Massenmord an den Deutschen oder deren Versklavung sei.²¹

Trotz mancher gradueller Änderungen stand auch die 8. und letzte Fassung von JCS 1067, die daraus am 11. Mai 1945 hervorging, an Härte gegenüber dem besiegten Deutschland den vorherigen Fassungen nicht sonderlich nach. Die Direktive sprach davon, „daß Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Nazi-Widerstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht enttrinnen können für das, was

19 Ebenda.

20 Die Direktive JCS 1067 ersetzte die „Combined Directive for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender“ (abgekürzt: CCS 551), die vom 28. April 1944 datierte. Diese galt für den Zeitraum vor der deutschen Kapitulation.

21 Düwell, a.a.O. (Anm. 18), S. 52.

sie selbst über sich gebracht haben. [...] Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation.“²²

Weiter hieß es in der Direktive, Deutschland solle niemals wieder zu einer Bedrohung für den Weltfrieden werden. Zu diesem Zweck sollten Nazismus und Militarismus in all ihren Ausformungen ausgeschaltet werden. Deutschland war industriell zu entwaffnen und zu demilitarisieren, wobei seine Fähigkeit zur Kriegsführung einer ständigen Kontrolle unterworfen sein sollte.²³ Es war sogar geplant, in Deutschland jegliche politische Betätigung zu untersagen.²⁴

In Punkt 8 d ordnete JCS 1067 die Inhaftierung all jener Personen an, die zentrale Positionen im Erziehungs- und Unterrichtswesen innehatten. Gleiches sah Punkt 8 f für diejenigen Personen vor, die in Presse, Verlagshäusern und anderen Stellen Nachrichten und Propaganda zu verbreiten hatten. Während Punkt 10 c für die erste Zeit eine Pressezensur vorsah, sollte es laut Punkt 14 zur Schließung aller Erziehungsinstitutionen kommen. Punkt 14 b forderte ein strafes System der Oberaufsicht über das deutsche Erziehungswesen, um eine „positive Neuorientierung“ möglich zu machen. Ziel sollte es dabei sein, nationalsozialistische und militaristische Doktrinen vollkommen zu eliminieren sowie die Entwicklung von demokratischem Gedankengut zu unterstützen. Während die US-Amerikaner in ihrer Besatzungszone dieses Programm in der ersten Zeit durchführten, lehnten die Briten in ihrer Zone eine Übernahme von JCS 1067 ab, und die Franzosen verfolgten in ihrer Zone andere Zielsetzungen.

22 Zitiert nach: Geheimsache! Was nicht im Geschichtsbuch steht, München 2011, S. 215.

23 Ebenda.

24 Düwell, a.a.O. (Anm. 18), S. 53.

Ziele der Reeducation (Teil I)

Ganz im Stil Vansittarts hatte Nizer in seinem als „wissenschaftliche Analyse“ getarnten Pamphlet die deutsche Geschichte analysiert und behauptet, es liege eine deutliche Fehlentwicklung des Charakters des deutschen Volks vor. Die Sonderrolle, zu der dieses neige, bestehe in der fatalen Schwäche, immer nur gewaltsam seine Konflikte lösen zu wollen. Speziell das müsse geändert werden, wozu Erziehung und Ausbildung entsprechend auszurichten seien.

Nizer hielt Versailles, das doch schon ein Diktatfrieden war, noch für unzureichend und wollte diesmal ganz strikt vorgehen. Ein deutsches Staatswesen solle auf lange Zeit keine Souveränität mehr besitzen, und es solle keinen Friedensvertrag geben. Damit nicht genug, schreckte der Brite auch nicht vor Massenmord zurück und forderte die sofortige Hinrichtung von 5.000 Menschen. Doch vor allem müsse Deutschland einer geistigen Abrüstung unterzogen und sein Erziehungssystem zerstört werden. In „wohlmeinenden Deutschen“ erblickte Nizer die idealen Partner zur Durchziehung eines derartigen Umerziehungsprogramms. Die talentiertesten unter den deutschen Studenten sollten im Ausland von der Perspektive des Nationalismus befreit werden und sodann als „geläuterte Lehrer“ an die deutschen Schulen und Hochschulen zurückkehren.

Auffällig für die Besatzungszeit und die frühen Jahre der Bundesrepublik Deutschland – ja, im Grunde genommen bis heute – bleibt, daß die von Nizers „Argumentation“ beeindruckten Deutschen nach ihrer Rückkehr in ihre alte Heimat mit Erfolg bemüht waren, dieses gänzlich einseitige Feindbild der Kriegspropaganda im allgemeinen Bewußtsein ihrer Landsleute zu verankern. Die Behauptung der „einzigartigen Schlechtigkeit“ der Deutschen zählt - auch dank Unterstützung durch die Medien - zum konstitutiven Selbstverständnis der Heranwachsenden hiezulande. Zu weiten Teilen findet sich die-

se Propaganda in den heutigen deutschen Schulbüchern, weit stärker als noch in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren.

Der englische Historiker Donald Watt urteilte, sowohl die Meinung, der Nationalsozialismus sei die Kulmination aller negativen Eigenschaften des deutschen Volkes, als auch die andere Ansicht, die sich einzig von einer grundlegenden Säuberung der Herrschaftsstrukturen eine „Umwandlung“ des deutschen Volkes im Sinne der Siegermächte versprach, kämen paradoxerweise beide aus deutscher Quelle.²⁵ In Großbritannien wie auch in den USA erhofften sich diese beiden Denkschulen von einer Umerziehung des ganzen deutschen Volkes eine auf lange Sicht erfolgreiche Lösung.

In den USA bemühten sich Max Horkheimer (1895-1973), Theodor W. Adorno (1903-1969), Herbert Marcuse (1898-1979), Otto Kirchheimer (1905-1965), Franz Neumann (1900-1954), Friedrich Pollock (1894-1970) und andere, die „deutsche Krankheit“ wissenschaftlich zu bekämpfen. Im Jahre 1933 hatten die nationalsozialistischen Machthaber deren „Institut für Sozialforschung“ geschlossen, aber in den USA an der Columbia University in New York war es wieder eröffnet worden. Ab 1943 wirkten die Herren Marcuse, Kirchheimer und Neumann in der Abteilung für Analysen und Forschung des US-Geheimdienstes OSS und gaben Empfehlungen, wie nach der Kapitulation mit den Deutschen umzugehen sei. Marcuse empfahl den amerikanischen Kommandeuren, Redakteure und Verleger zu inhaftieren und berufsgenossenschaftliche NS-Organisationen zu zerschlagen. Durch diese Aktionen sollte das ganze NS-Kommunikationsnetz zerrissen, später in den Dienst der Alliierten genommen und zugleich die öffentliche Meinung kontrolliert werden.

25 Donald C. Watt: Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Deutschland, in: Josef Foschepoth / Rolf Steininger (Hg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949. Paderborn 1985, S. 15-25.

Während die Propaganda in den US-Medien Vorurteile gegenüber allem Deutschen aus dem Ersten Weltkrieg aufwärmte und im Volk verbreitete, schrieben deutsche Sozialwissenschaftler wie Adorno und Horkheimer in Los Angeles geistreiche Gedanken darüber nieder, wie etwa Vorurteile zu bekämpfen seien. Sie wollten nicht bloß die Vorurteile beschreiben, sondern sie auch erklären, um sie anschließend besser ausrotten zu können. Ein weiteres Ziel dieser Herren bestand in der „Aufdeckung potentiell faschistischer Individuen“. Auch diesem Topos begegnen wir in der heutigen, immer stärker antifaschistisch geprägten Bundesrepublik auf Schritt und Tritt.

Gleichfalls analysierten Adorno und Horkheimer eifrig die deutsche Seele und befanden, diese sei krank, eine Reform an Haupt und Gliedern dringend geboten. Als „zentrale reaktionäre Keimzelle“ machten die beiden Weltverbesserer die Familie aus. Ihre „autoritäre Struktur“ müsse um jeden Preis zerbrochen, die so verderbliche „Autorität“ in Frage gestellt oder am besten völlig eliminiert werden. Sei dieses geschehen, werde sich der Charakter des ganzen deutschen Volkes ändern. Auf lange Sicht würde der Deutsche ein friedlicher Mensch werden. Daher zähle die Erziehung zu den bedeutendsten Aufgaben eines echten Neuanfangs, für den sich alliierte Kontrolloffiziere sowie „geeignete“ deutsche Emigranten als Lehrer anböten. Schon im Jahre 1942 hatte Horkheimer in einem Memorandum für das US-Außenministerium ausgeführt, jede Erziehung der Nachkriegsgenerationen müsse eine „Erziehung zur Demokratie“ und folglich eine Umerziehung sein.²⁶

In den 1940er und 1950er Jahren kehrten Horkheimer, Adorno, Marcuse und andere aus den USA nach Frankfurt am Main zurück.

²⁶ Max Horkheimer: Memorandum über die Beseitigung des deutschen Chauvinismus. Unveröffentlichtes Manuskript. Übersetzt von Günter C. Behrmann, Potsdam o. J.

An der dortigen Universität besetzten sie Lehrstühle und waren Begründer der „Frankfurter Schule“, deren zersetzende Wirkungen in der Bundesrepublik Deutschland bis heute immer neue negative Höhepunkte erreichen und ein Ende kaum absehbar erscheinen lassen. Von den Besatzungsmächten gefördert, setzten die zurückgekehrten Männer die in den 1930er Jahren und im Zweiten Weltkrieg entwickelte „Kritische Theorie“ - eine Verbindung von Marxismus und Psychoanalyse - gezielt ein, um die Geister der jungen Deutschen zu verwirren. Diese trennten sie von der deutschen Tradition ab und hetzten die Jüngeren gegen die Älteren auf, die sie als „ewiggestrig“ diffamierten. Die primären Ziele der „Frankfurter Schule“ stimmten mit denen der Umerziehung ganz und gar überein. Diese lauteten: Zerstörung der deutschen geistigen Tradition; Vernichtung des Volks- und Vaterlandsbewußtseins; Auflösung der Volksgemeinschaft; Einführung des Marxismus; Angriff auf jede Art von Autorität; Herabwürdigung der Familie als „Keimzelle des Faschismus“; wachsende Sexualisierung des Lebens; Aufhebung des abendländischen Schönheits- und Kunstbegriffs. Überdies wurden pseudohumanitäre Begriffe als Forderungen propagiert: Demokratisierung aller Bereiche; auf sämtlichen Ebenen durchzuführende Emanzipierung; Transparenz aller Vorgänge; emanzipatorische und antiautoritäre Erziehung. Neuerdings gehören dazu auch Ausländerintegration und multikulturelle Gesellschaft, deren Ablehnung sogleich den Vorwurf des Faschismus und Rassismus nach sich zieht. Durch aus der „Frankfurter Schule“ stammende linke Bildungspolitiker wie Peter von Oertzen (1924-2008) oder Ralf Dahrendorf (1929-2009) erfolgte seit Ende der 1960er Jahre mit der links geprägten „Reformpolitik“ die verantwortungslose Zerschlagung des bewährten deutschen Bildungswesens, das sich hiervon bis heute nicht erholt hat.²⁷

27 Vgl. dazu speziell Rolf Kosiek: Die Machtübernahme der 68er. Die Frankfurter Schule

Max Horkheimer, ehemaliges Mitglied der KPD, führender Kopf der „Frankfurter Schule“, danach Emigrant jüdischer Provenienz, Berater der US-Regierung während des Zweiten Weltkriegs, Remigrant, einflußreicher Hochschullehrer der Bundesrepublik und einer der „Väter“ der 68er, brachte eine primäre Zielsetzung der Umerziehung so auf den Punkt: „Man muß eine Elite schaffen, die ganz auf Amerika eingestellt ist. Diese Elite darf andererseits nicht so beschaffen sein, daß sie im deutschen Volk selber kein Vertrauen mehr genießt und als bestochen gilt.“²⁸ Der Mannheimer Historiker Stefan Scheil behandelt in seinem Buch „Transatlantische Wechselwirkungen“ sowohl die organisatorischen als auch die intellektuellen Voraussetzungen und ersten Realisierungsformen alles dessen, was man „reeducation“ oder „reorientation“ („Umorientierung“) genannt hat. Für Scheil ist die Schaffung einer „liberalen“ politischen Klasse, deren erste Loyalität immer dem „Westen“ gehört, einem Ineinander von Ideologie und Interesse geschuldet. Er hebt aber auch recht deutlich hervor, daß die Geschichte Nachkriegsdeutschlands - also der Bundesrepublik, der DDR und Österreichs - deshalb eine „terra incognita“ ist, weil die Herrschenden dies so haben wollen und jedenfalls kein Interesse daran hegen, die tatsächlichen Vorgänge, Verbrechen und Absichten der Alliierten und ihrer Verbündeten im Land erkennbar zu machen.

Ziele der Reeducation (Teil II)

1943 startete die enge Zusammenarbeit des amerikanischen OSS („Office of Strategic Service“), des Vorläufers der CIA („Central Intelligence Agency“), mit dem britischen „Ausschuß für besondere Operationen“ („Special Operations Executive“, kurz: SOE). Wäh-

und ihre zersetzenden Auswirkungen, 8. Auflage, Tübingen 2011.

28 Zitiert nach: Stefan Scheil: Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945, Berlin 2012, Vorsatz.

rend im OSS Hunderte Deutsche tätig waren, ist deren Anzahl im SOE unbekannt. Chef der Abteilung „Psychologische Kriegführung“ beim amerikanischen Oberkommando SHAEF („Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force“) war der General Robert A. McClure (1897-1957). Obwohl es keine einfache Aufgabe war, aus einem doch eher bunt zusammengewürfelten Haufen von Psychokriegern eine effiziente Truppe von Männern zu formen, die Informationskontrolle betrieben, glückte das dem US-General. De facto war McClure aber genötigt, einen Teil der Männer von Sefton Delmer in die Abteilung „Information und Zensur“ (INC) zu übernehmen. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs gebot General McClure über 23.000 Personen.²⁹ Übrigens wurde am Tag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht aus der Abteilung PWD (die beim SHAEF die Abteilung für Informationskontrolle war) die Abteilung für Informationskontrolle (ICD) bei den in Deutschland geplanten Militärregierungen.

McClures Konzept setzte dabei an, im besetzten Land alle Medien stillzulegen. In der nächsten Phase sollte die deutsche Bevölkerung über die Ziele der alliierten Sieger in Kenntnis gesetzt werden. Dies sollte durch sorgfältig ausgewählte Beiträge in Zeitungen und Rundfunk erreicht werden. In der dritten Phase schließlich sollten Zeitungen, Verlage und Radiosender an vertrauenswürdige (in aller Regel linksliberal orientierte) Deutsche übergeben werden. Dies war die berühmte Lizenzvergabe.

Zu dem Zeitpunkt, da McClure in die USA zurückberufen wurde, kontrollierten nach seinen eigenen Angaben vom Juli 1946 seine Abteilungen: 37 Zeitungen, 6 Radiosender, 314 Theater, 642 Kinos, 101 Magazine, 237 Verleger und 7.384 Buchhändler. General Mc-

²⁹ Vgl. dazu Alfred H. Paddock: U. S. Army Special Warfare. Its Origins, Überarbeitete Auflage, Lawrence / USA 2002.

Clures Neuorganisation des Pressewesens in Deutschland machte es zur Bedingung, daß jeder Lizenzträger sich zugleich mit dem Empfang der Lizenz dazu verpflichten mußte, an der Umerziehung des deutschen Volkes publizistisch mitzuwirken. Als sich die USA dann jedoch veranlaßt sahen, die Deutschen im globalen Kampf gegen die UdSSR und ihre Satelliten zu nutzen, kam es zu einem Paradigmenwechsel in der amerikanischen Politik gegenüber den zuvor noch als Unterworfenen behandelten „Krauts“. Wiederum waren es Kräfte aus der Geschäftswelt, Bankwesen, Wirtschaft und Schwerindustrie - speziell der Rüstungsindustrie -, die einen Wandel in der Außenpolitik postulierten, weil sie sich an ihre ehemaligen Beziehungen zur deutschen Finanzwelt und Industrie erinnerten.

Genau durch diesen Paradigmenwechsel kehrte ein Teil der „alten Garde“ der Journalisten in die Stellungen zurück, aus denen sie kurz zuvor verbannt worden waren. Die USA (und nicht nur sie) duldeten dies, solange die Westdeutschen – initiiert durch Konrad Adenauers Politik der Westbindung – eine Politik betrieben, die sich mit den amerikanischen Vorstellungen deckte. Was sie letztlich zu „nützlichen Idioten“ Washingtons und auch Londons machte, war die Tatsache, daß sie durch die NS-Zeit jederzeit erpreßbar waren. Jedenfalls brachte der Personalwechsel in den Redaktionsstuben statt der linksliberalen Weltverbesserer nun die alten „Wort- und Gesinnungsgewaltigen“ aus der Hitlerzeit zurück. Sie verstanden es, sich nahezu jeder Lage anzupassen, was auch und speziell für Blätter galt, die in Sachen Meinungsbildung führend waren.

Die Journalisten Lutz Hachmeister und Friedemann Siering haben sich in einem Sammelband aus dem Jahr 2002³⁰ eingehend mit der erstaunlichen Wandlungsfähigkeit von Journalisten nach dem Ende

30 Lutz Hachmeister / Friedemann Siering (Hg.): Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002.

des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik Deutschland befaßt. Ehemalige Herolde des untergegangenen Dritten Reiches schrieben nun ihre Kommentare für die neuen lizenzierten demokratischen Blätter. Gleichzeitig schuf die alliierte Pressepolitik aber auch gezielt politische Gegengewichte: Zeitungen, in denen trotz des sich verschärfenden Kalten Krieges bekennende Kommunisten als Herausgeber oder Redakteure arbeiteten. Doch diejenigen, die sich in der Hitlerzeit durch ihre Linientreue allzu sehr kompromittiert hatten, überschlugen sich jetzt geradezu in ihrer immer wieder emphatisch bekundeten Treue zu den USA und Großbritannien. Sieht man sich die Gegenwart an, so hat sich an diesen Treuebekundungen nichts geändert. Und die Journalisten, die diese von sich geben, sind längst schon nicht mehr die, welche aufgrund der NS-Zeit erpreßbar waren. Seit der Nachkriegszeit ist es jedenfalls so, daß die deutsche Öffentlichkeit es durch die Lizenzpresse gelernt hat, sich den Kreuzzügen gegen das „Böse“ stets dann als treuer Vasall anzuschließen, wenn es der „Große Bruder“ jenseits des Atlantiks für angebracht erklärte. Zwar nehmen die Lobhudeleien in letzter Zeit scheinbar ab, doch immer noch erscheinen in der veröffentlichten Meinung die USA als „gelobtes Land“, dem zu folgen angeblich „alternativlos“ ist.

Auffällig ist, daß die gegenwärtigen Zustände in Deutschland fast komplett in Verbindung mit der „Revolution“ der 68er gesehen werden. Ein Verständnis dessen, was heute ist, kann jedoch nicht ohne die Kenntnis der 68er stattfinden. Zwischen deren zum Teil verquasten Theorien und der Realität klafft eine große Lücke. Das hängt auch damit zusammen, wie unsere soziale Wirklichkeit empfunden und wie sie interpretiert wird. Der Sozialwissenschaftler Clemens Albrecht zeigt auf, wie weitgehend die deutschen Medien das von Deutschlands ehemaligen Feinden entworfene Umerziehungspro-

gramm unterstützten. Zutreffend stellt er fest, daß der Aufstieg der Sozialwissenschaften zu einer öffentlichen Deutungsmacht ohne die sekundierenden Massenmedien nicht denkbar gewesen wäre.³¹

Schlußbetrachtung

Neben der deutschen Presse ließen und lassen sich auch deutsche Historiker zahlreich für die Politik der Umerziehung einspannen. Zu welchen geistigen Entgleisungen dieses führen kann, belegt folgende Äußerung des Politikwissenschaftlers Kurt Sontheimer (1928-2005) aus dem Jahr 1981. Er, der 1969 vor der Bundestagswahl zusammen mit dem Schriftsteller Günter Grass für Willy Brandt als Kanzler warb, äußerte sich 1981 so: Aus umerzieherischen Gründen halte er es für unverzichtbar, an der These festzuhalten, das preußisch-deutsche Kaiserreich und seine Strukturen seien Vorläufer Hitlers gewesen – und zwar unbeschadet der Richtigkeit dieser These. Nur dann könne der Weg zur Demokratisierung fortgesetzt werden. Und kein Professor protestierte, niemand widersprach dieser Aussage, die ja nichts anderes war als politische Demagogie unter dem Deckmantel hehrer Wissenschaftlichkeit!³²

So verwundert es nicht, daß in den deutschen Geschichtsbüchern kaum oder gar keine Rede ist von den Verbrechen der Siegermächte. Dabei beinhaltet die Kolonialgeschichte der Briten, Franzosen und Amerikaner mehr als genug Grausamkeiten, die eifrig mit dem Vorwand bemäntelt wurden, man wolle lediglich die Eingeborenen „befrieden“. Alles das geschah ja einzig im Namen von Zivilisation, Fortschritt und Freiheit – Werten, denen sich kein Gutgesinnter wi-

31 Clemens Albrecht / Günter C. Behrmann / Michael Bock: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999, S. 203ff.

32 Vgl. dazu Bödecker, Ehrhardt: Preußen - die antipreußische Gehirnwäsche, URL: http://www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_-_Jahresau/Deutschland_Journal_-_Jahresau/Ehrhardt_Bodecker_Preußen_-_Die_antipreußische_Gehirnwäsche.pdf

dersetzt! Die innere Berufung, das „manifest destiny“, auf das sich die US-Amerikaner auf ihren modernen Kreuzzügen so gerne berufen, mußte vor und auch nach 1945 jeden, aber auch jeden Bruch des Völkerrechts und jeden Verzicht auf eine menschliche Behandlung unterlegener Völkerschaften legitimieren. Trotz alledem werden heute in deutschen Geschichtsbüchern z. B. die Burenkriege der Briten und ihre Kolonialherrschaft in Indien selten einmal in Fußnoten erwähnt. Und noch etwas sollte nicht vergessen werden: Die Siegermächte von 1945 waren überzeugt davon, daß die Deutschen keinen Weg in die Zukunft finden könnten, wenn sie nicht einen Prozeß der Umerziehung durchlaufen würden. Ihnen wurde also nichts anderes als eine Änderung ihres Volkscharakters abverlangt, und obgleich ganz besonders die US-Amerikaner dies für unmöglich hielten, fand genau das statt. Der „american way of life“ hat sich in Deutschland etabliert und die von den Siegern angestrebte Umerziehung besiegelt.

Literaturhinweise

Clemens ALBRECHT / Günter C. BEHRMANN / Michael BOCK: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999.

Richard O. BOYER / Herbert M. MORAIAS: Labour's Untold Story, New York 1955.

Willy BRANDT: Verbrecher und andere Deutsche, Bonn 2007.

Benjamin COLBY: 'Twas a famous victory. Deception and Propaganda in the War with Germany, New York 1975.

Sefton DELMER: Die Deutschen und ich. Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen von Gerda von Uslar, Hamburg 1963.

Kurt DÜWELL: Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945-1961). Eine dokumentierte Einführung, Köln / Wien 1981.

Josef FOSCHEPOTH / Rolf STEININGER (Hg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949. Paderborn 1985.

Karl Theodor Freiherr zu GUTTENBERG: Fußnoten, 3. Auflage, Stuttgart 1971.

Lutz HACHMEISTER / Friedemann SIERING (Hg.): Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002.

Max HORKHEIMER: Memorandum über die Beseitigung des deutschen Chauvinismus. Unveröffentlichtes Manuskript. Übersetzt von Günter C. Behrmann, Potsdam o. J.

Rolf KOSIEK: Die Machtübernahme der 68er. Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen, 8. Auflage, Tübingen 2011.

Louis NIZER: What to do with Germany, Chicago / New York 1944.

[OHNE AUTOR:] Geheimsache! Was nicht im Geschichtsbuch steht, München 2011.

Alfred H. PADDOCK: U. S. Army Special Warfare. Its Origins, Überarbeitete Auflage, Lawrence / USA 2002.

Jacques R. PAUWELS: Der Mythos vom guten Krieg. Die USA und der Zweite Weltkrieg, Köln 2003.

Helmut ROEWER: Kill the Huns – Tötet die Hunnen! Geheimdienste, Propaganda und Subversion hinter den Kulissen des Ersten Weltkrieges, Graz 2014.

Michael L. SANDERS / Philip M. TAYLOR: Britische Propaganda im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Berlin 1990.

Stefan SCHEIL: Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945, Berlin 2012.

Caspar von SCHRENCK-NOTZING: Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965.

Hans-Peter SCHWARZ: Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln / Weimar 2008.

Freda UTLEY: Kostspielige Rache, 5. Auflage, Hamburg 1950.

Karlheinz WEISSMANN: 1914. Die Erfindung des häßlichen Deutschen, Berlin 2014.



Dr. phil. Mario Kandil M.A. ist am 21. Mai 1965 in der Umgebung von Aachen geboren. Er erwarb 1985 die Allgemeine Hochschulreife und studierte danach an der Technischen Hochschule Aachen Mittlere und Neuere Geschichte, Alte Geschichte und Politische Wissenschaft. Er promovierte 1994 an der Fernuniversität in Hagen mit einer Dissertation über das Großherzogtum Berg zum Dr. phil.

Nach einer langjährigen Tätigkeit im universitären Bereich wie auch in der Erwachsenenbildung ist er heute als freier Historiker und Publizist beruflich tätig. Seit 2005 verfasst er regelmäßig Beiträge für Fachzeitschriften und hält Vorträge. Sein Arbeits- und Forschungsschwerpunkt ist neben dem Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons I. die Epoche der Weltkriege und die Ära des Kalten Kriegs. Nach seinem Buch über Adenauer und die Wiedervereinigung (2009) erschien von ihm im Herbst 2011 eine Gesamtdarstellung der Befreiungskriege gegen Napoleon I. Im Sommer 2014 hat er sein Buch *Bismarck – der Aufstieg 1848-1871* veröffentlicht. Seine aktuelle Buchpublikation ist im Frühjahr 2017 in der Reihe *Eckartschriften* unter dem Titel *Die „deutsche Frage“*. *Deutschland von der Adenauerzeit bis zur Wiedervereinigung (1945/49-1989)* erschienen.

**Politik und Sicherheit im digitalen Zeitalter:
Deutschlands Herausforderung im modernen
Informationskrieg.**

1. Einführung

Die moderne informationstechnologische Revolution kann als eine grundlegende, weitreichende Umwälzung der menschlichen Zivilisation schlechthin verstanden werden. Als solche ist sie kulturgeschichtlich ohne Parallele. Binnen weniger Jahrzehnte hat sie nahezu sämtliche privaten wie öffentlichen Lebensbereiche von Grund auf verändert, weltweit, mit zunehmender Entwicklungsgeschwindigkeit, ohne daß sich ein Ende abzeichnen würde und ohne daß ihre langfristigen gesellschaftlichen Folgen klar absehbar wären. Mit ihr verbinden sich zudem viele Erwartungen und utopische Hoffnungen auf eine technisch, wirtschaftlich und politisch „globalisierte“ Welt, die im Feuilleton dann vollends zur „Weltgemeinschaft“ hochstilisiert wird.

Bei Licht besehen gibt jedoch die rasante informationstechnologische Umgestaltung weiter gesellschaftlicher Lebensbereiche zu utopischen Erwartungen keinen Anlaß. Wie die alltäglichen, ausufernden Fälle der Internetkriminalität, des sogenannten *computer hacking* und die zahllosen Techniken des „Informationskriegs“ zeigen, haben sich Leistungs- und Mißbrauchspotentiale der modernen Informations- und Kommunikationssysteme im Gleichschritt entwickelt. Hinzu tritt eine weitere, nahezu unbemerkte politische Folge des informationstechnischen Wandels: Er hat einen Aspekt der Po-

litik und internationalen Sicherheit als höchst lebendig, modern und wirksam erwiesen, den viele in der aufgeklärten, wissenschaftlich-technisch fundierten Gesellschaft längst für überwunden glaubten. Es ist dies die wachsende Bereitschaft wirtschaftlicher und politischer Konkurrenten und Gegner, gesellschaftliche Konflikte mit allen verfügbaren Mitteln, rücksichtslos und jenseits jeglicher rechtlicher Schranken auszutragen – eine Bereitschaft, für die die vielgelobte „Anarchie des Internets“ als Zustandsmerkmal des Informationszeitalters vielfache Anreize geschaffen hat. Ob der Rechtsstaat und die internationale Sicherheitspolitik im Verein mit Sicherheitstechnik und -wissenschaft diese Anreize jemals werden wirksam unterbinden oder zumindest einschränken können, ist keine Frage, über die man in der sicherheitspolitischen Zukunft noch lange streiten sollte. Sie ist längst entschieden. Denn es ist davon auszugehen, daß sich auch Staaten durch elektronische Spionage, Sabotage und Überwachung des weltweiten Datenverkehrs selbst am Informationskrieg in dem Maße beteiligen, in dem sie im Konfliktfall hierin einen politischen oder wirtschaftlichen Vorteil sehen und im Übrigen der technische Entwicklungsstand sie und ihre Nachrichtendienste hierzu in die Lage versetzt.

Eine Ausnahme bietet hierbei allenfalls die Bundesrepublik Deutschland. Ihr sicherheitspolitisches Handeln orientiert sich von jeher weniger an der Äußerung und Durchsetzung der eigenen Interessen denn am *Appeasement* gegenüber dem Konkurrenten oder Gegner im Fall eines Interessenkonflikts. Beschwichtigung des Gegners ist jedoch keine erfolgreiche sicherheitspolitische Strategie. Sie beruht auf dem naiven Glauben, fremden politischen oder wirtschaftlichen Interessen nicht mit wirksamen Abwehrmaßnahmen, sondern mit voreiligen, einseitigen Zugeständnissen oder gut gemeintem, frommem Zureden begegnen zu können. Daß dieses

Vorgehen weniger eine Abschreckung denn eine Einladung an den Gegner bewirkt, seine Konfliktbereitschaft weiter zu steigern, zeigen insbesondere die technischen Mittel und Möglichkeiten, die der Informationskrieg bereitstellt, und die Anreize, sich ihrer angesichts der Anarchie des Internets weithin unentdeckt und ungestraft zu bedienen. Kurz, die wirtschaftlichen und technischen Leistungen der Informationsgesellschaft machen diese gleichzeitig anfällig gegenüber den Bedrohungen der Informationstechnik.

Die paradoxen Folgen dieser Entwicklung sind weder in der Theorie unbekannt noch in der geschichtlichen Erfahrung neu. Der englische Philosoph Thomas Hobbes hat bereits zu Beginn des Aufklärungszeitalters darauf hingewiesen, daß ein herrschaftsfreier Raum typischerweise als Schauplatz des „Krieges aller gegen alle“ dient. Hobbes vertrat die Auffassung, daß es kein vernünftiges Mittel gibt, diesen Krieg in einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu verhindern. Sollte die hobbessche These auch auf die Informationsgesellschaft zutreffen, ist es wichtig, hierin eine Frühwarnung zu erkennen. Naiv ist es jedenfalls, im Internet eine „Weltgemeinschaft“ am Werk zu sehen, von der man glauben darf, daß sie in Bezug auf Datenschutz und Informationssicherheit nur lautere Absichten hegt.

2. Informationstechnik und Informationsgesellschaft

Rein theoretisch gesehen ist das Internet zwar weder ein rechts- noch ein herrschaftsfreier Raum. Der Betrieb und die Nutzung moderner elektronischer informations- und kommunikationstechnischer Systeme, allen voran des Internets, unterliegen – wie der Gebrauch herkömmlicher Technologien auch – der staatlichen Gesetzgebung und zahlreichen internationalen Regelungen. Flugverkehr, Schifffahrt, Funk- und

Telefonverkehr sind längst bekannte Beispiele für die politischen und sozialen Regelungsgebiete der Technik. Praktisch weist die moderne elektronische Kommunikation jedoch eine Reihe neuartiger technischer Merkmale auf, die eine wirksame rechtliche und politische Regelung ihrer Nutzung systematisch erschweren oder gar unmöglich machen. In dieser Beziehung trifft die Metapher von der Anarchie des Internets zu.

Kritisch an dieser Situation ist, daß die neuartigen Technologien keineswegs nur zum vertraulichen, wirtschaftlich effizienten, von gesetzlicher und bürokratischer Behinderung befreiten Datenverkehr genutzt werden. Die erste Erfindung nach der Erfindung des Internets war die der Internetkriminalität, und man fragt sich, was an ihr mehr hervorsteht, der Ideenreichtum, das technische Können oder die kriminelle Energie ihrer Protagonisten. Im Internet als dem Exerzierfeld des autonomen, nicht länger fremdbestimmten und staatlich schwierig zu kontrollierenden menschlichen Handelns zeigen sich praktisch kaum eingrenzbare Probleme und Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Sicherheitspolitik.

3. Neuartige Merkmale der Informationstechnik

Die digitale Kodierung oder kurz „Digitalisierung“ von Daten und Nachrichten ermöglicht eine radikale Vereinfachung und Vereinheitlichung sämtlicher Formen der Kommunikation, der Signalübertragung und Information: Bildliche, schriftliche, akustische, elektromagnetische usw. Darstellungen werden nur mehr mittels zweier Symbole, d. h. in einem Alphabet mit nur zwei Buchstaben niedergelegt. In allen Übertragungs- und Datenspeichermedien bleibt ein Text aus diesen Symbolen immer der gleiche. Seine Übertragung in andere Nachrichtenmedien besteht einzig in einem buchstabenge-

treuen Kopiervorgang, die Notwendigkeit der Textübersetzung und erst recht der Textinterpretation entfällt für den technische Vorgang der Nachrichtenübertragung. Grundsätzlich wird hiermit die Koppelung („Vernetzung“) aller technischen Systeme weltweit ermöglicht, nicht nur die Vernetzung nachrichtenverarbeitender Systeme („Internet der Dinge“, „Industrie 4.0“ u. a. m.).

Darüber hinaus entstehen Möglichkeiten der Vernetzung sämtlicher individueller, privater und öffentlicher Lebensbereiche, ebenso der dauernden Wechselwirkung zwischen ihnen. Dies gilt jedenfalls insoweit, als sich gesellschaftliche Beziehungen und Systeme auf technische Betriebsmittel stützen. Diese Systeme werden für praktisch jedermann vergleichsweise leicht zugänglich, sind auch aus der geographischen Distanz heraus angreifbar, während der Angreifer verdeckt und anonym bleibt und daher für die Strafverfolgung schwierig zu ergreifen ist. Die Folgen sind globale Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Kooperation, aber auch des Konflikts bis hin zum mehr oder weniger totalen Informationskrieg.

4. Verwundbarkeit der Informationsgesellschaft

Virus-Angriffe auf elektronische Informationssysteme gehören heute zum Alltag im Internet, wenn sie auch nicht immer gleich weltweit Schäden verursachen. Umgekehrt sind Computersabotage, -spionage und Verletzungen des vertraulichen Datenverkehrs bei weitem nicht auf die Computerviren und die Angriffe der *computer hacker* mittels verdeckter, schädlicher Manipulationen von Rechnern, Netzwerken, Datenspeichern usw. beschränkt. Mit dem Ausbau der elektronischen Daten- und Telekommunikationsnetze haben sich vielmehr auch die politischen und wirtschaftlichen Konfliktpo-

tentiale und Mittel zur Konfliktaustragung in der zivilisierten Welt tiefgreifend verändert.

Von zentraler Bedeutung ist, daß die internationalen Beziehungen im Informationszeitalter weitreichenden, bisher unbekanntem Gefährdungen ausgesetzt sind. Die neue sicherheitspolitische Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß Handlungsfähigkeit und Überleben eines Staates oder Bündnisses in internationalen Krisen und Konflikten nicht mehr nur durch militärische Gewalt gefährdet sind, sondern zunehmend auch vom störungsfreien Betrieb staatlicher und internationaler Informations- und Kommunikationssysteme abhängen. Dies gilt insbesondere für die öffentlichen, informationsabhängigen Infrastrukturen der modernen Gesellschaft: Transport und Verkehr, Nachrichten- und Kommunikationswege, das öffentliche Gesundheitswesen, Staat und Verwaltung, Wirtschaft, Banken und Finanzsysteme.

Zwar ist die moderne Gesellschaft ganz allgemein auf die uneingeschränkte Verfügbarkeit ihrer technischen Betriebsmittel angewiesen und bedarf daher aufwendiger Schutzmaßnahmen gegen technische Störfälle, Naturkatastrophen und gezielte (Zer-)Störungsakte beispielsweise krimineller oder terroristischer Art. Doch digitale Datennetze, allen voran das Internet, sind über weite Strecken öffentlich und anonym zugänglich, weltweit verknüpft und gegen den politisch oder kriminell motivierten Mißbrauch kaum ausreichend zu schützen. Insbesondere erweist es sich immer wieder als überraschend leicht, die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Unverfälschtheit der übermittelten Daten zu verletzen. Die Verwundbarkeit des Datenverkehrs überträgt sich auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche, die elektronisch vernetzt sind und sich in ihrer Funktionsweise auf die ungestörte digitale Informationsverarbeitung stützen.

Zu den Folgen der elektronischen Vernetzung kommt der rasante informationstechnische Fortschritt, mit dem die Gesetzgebung und Strafverfolgung auf den Gebieten des Datenschutzes und der Informationssicherheit nicht Schritt halten können. In den internationalen Beziehungen, aber oft genug auch im Bereich der inneren Sicherheit, vollzieht sich praktisch der informationstechnische Wandel daher über weite Strecken in dem bereits erwähnten rechts- und herrschaftsfreien Raum, der „Anarchie des Internets“.

Die zentrale Rolle der Informationstechnik legt es nahe, daß die von Konkurrenten und Gegnern genutzten Daten und Netze als Angriffsziele auf den globalen Märkten, aber auch bei internationalen Konflikten dienen. Denn computergestützte Angriffe, die sich gegen die Infrastruktur eines Landes richten, können militärische Gewaltanwendung sowohl unterstützen und ergänzen als auch um völlig neue Elemente erweitern, wenn nicht gar als Konfliktmittel ersetzen oder ganz erübrigen. Bedrohungen vom Typ des „Informationskriegs“ gehen hauptsächlich von fremden Nachrichtendiensten, der militärischen aber auch der nichtmilitärischen Aufklärung und Sabotage, der internationalen Wirtschaftskriminalität sowie vom politisch motivierten Terrorismus aus. Zu nennen ist hier eine bunte Mischung aus politisch-weltanschaulichen Gruppen, Internetplattformen (etwa den bekannten „Wiki-leaks“), Aktionsbündnissen, *hacker*-Organisationen und vielen anderen mehr.

Für die Sicherheitspolitik liegt das Hauptproblem darin, daß die Verletzlichkeit der Informationsgesellschaft Angriffsflächen bieten, die sich bei internationalen Krisen und Konflikten von außen leicht nutzen lassen. Daher gibt es auch im Unterschied zu herkömmlichen Formen gewaltsamer internationaler Konflikte bei Angriffen von der Art des „Informationskriegs“ kein geschütztes Staatsgebiet

mehr, das an seinen Grenzen mit militärischen Mitteln erfolgreich zu verteidigen wäre. Hinzu kommt, daß Frühwarnung, Abschreckung und Vergeltung bei elektronischen Netzangriffen wenig wirksam sind, da der Angreifer im Internet kaum jemals „dingfest“ zu machen ist.

Sicherheit und Verteidigung der Informationsinfrastrukturen eines Landes sind Aufgabengebiete, die mit der globalen Vernetzung zunehmend der Kontrolle des einzelnen Staates entgleiten. Weltweite Nachrichtennetze greifen nach Aufgabestellung und Reichweite über alle herkömmlichen Gebiete der internationalen Politik und Beziehungen zwischen souveränen Staaten hinaus. Sie ermöglichen völlig neuartige Formen der internationalen Organisation und geben auch nichtstaatlichen Gruppen wirkungsvolle Mittel an die Hand, ihren Interessen über große räumliche Distanzen hinweg in kurzer Zeit international Aufmerksamkeit zu verschaffen. Das Spektrum der Möglichkeiten ist kaum begrenzt. Es reicht von grenzenlosen, weltweit operierenden Wirtschaftsunternehmen über Nachrichtenmedien, Interessen- und Umweltschutzverbände vom Typ der *Non-Governmental Organizations* (NGOs) bis zum politischen Terrorismus. Die weitere Entwicklung und Globalisierung der elektronischen Informations- und Kommunikationssysteme wird nichtstaatliche Organisationen in ihrer Fähigkeit zum organisierten Konfliktaustrag gegenüber Staaten auch in Zukunft wesentlich begünstigen.

Beispiele hierfür liefern seit vielen Jahren die internationalen Oppositionsbündnisse der „Globalisierungsgegner“ gegen Tagungen der Welthandelsorganisation, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sowie der sogenannten G7-, G8- und G20-Gipfeltreffen. Die gewalttätigen Aktionen werden von weltweit verstreut

ten Gruppen über die elektronischen Medien vorbereitet und koordiniert.

Ähnlich verhält es sich mit dem informationsgestützten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einfluß einzelner Personen. Durch den gezielten Einsatz der elektronischen Nachrichtentechnik kann der Einfluß des Individuums in den unterschiedlichsten sozialen Rollen (Führer, Mitglied, Dissident einer Gruppe), Institutionen (Regierungen, Parteien, politische, soziale oder weltanschauliche „Bewegungen“) oder Tätigkeitsfeldern (Wirtschaft, Medien, mediengesteuerte öffentliche Meinung) weltweit verstärkt und auf das Gebiet der internationalen Beziehungen ausgedehnt werden. So kann beispielsweise eine einzelne Person elektronische Postwurfsendungen vom Typ der *spam mails* dazu benutzen, mit dem geringstmöglichen Aufwand politische und weltanschauliche Agitation in milliardenfacher Vervielfältigung binnen weniger Stunden weltweit zu verbreiten – im Bedarfsfall völlig anonym und gegen den Widerstand aller nur denkbaren staatlichen und internationalen Einrichtungen.

Besonders kritisch für die Vertraulichkeit des elektronisch gestützten Daten- und Nachrichtenverkehrs ist die Rolle der „Innentäter“. Unter Innentätern versteht man Mitarbeiter daten- und nachrichtenverarbeitender Systeme, die, dienstlich bedingt, Zugriff auf die zu verarbeitenden Informationen haben, diese unbemerkt kopieren und an außenstehende Auftraggeber oder Interessenten weiterleiten (verkaufen) können. Zumeist sind bei dieser Art des Verrats politische oder finanzielle Motive der Täter im Spiel. Auch für elektronisch hochgerüstete Systembetreiber, z. B. die Nachrichtendienste der Großmächte, bilden die Innentäter eine Schwachstelle, gegen die kaum ein „Kraut gewachsen“ ist, das heißt die eine kaum auszu-

schaltende innere Bedrohung dieser Systeme selbst darstellen. Die weitreichenden Datenlecks, die sie in den letzten Jahren bei US-amerikanischen Behörden verursacht haben, heben die ganze Dramatik der Verwundbarkeit der Informationsgesellschaft hervor. Berühmt geworden sind insbesondere die Verratsfälle des NSA-Mitarbeiters Edward Snowden, des US-Soldaten Bradley Manning und ihrer internationalen Helfer in den Nachrichtenmedien (NSA ist der US-Geheimdienst National Security Agency). Sie haben amerikanische und britische Geheimdienste, aber auch die anderer Länder in einigen ihrer Kernaktivitäten weltweit bloßgestellt.

5. Politische Grundsatzfragen der deutschen Informationssicherheit

Die Bundesrepublik Deutschland, ihre Wirtschaftsunternehmen und ihre Bürger sind in vielen Bereichen Ziel von Datenschutzverletzungen in den elektronischen Medien und der Telephonüberwachung aus dem Ausland. Die Motive liegen weit verstreut, von der Wirtschaftsspionage bis hin zur politischen Überwachung und Manipulation des deutschen Verbündeten durch seine westlichen Partner. Vermutungen und Medienberichte hierzu wurden durch die Unterlagen des geflohenen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden, aber auch bereits während vieler Jahren zuvor aus andern Quellen gespeist. Die Spitze des Eisbergs hat 2013 die Kontroverse um das Abhören von Telefongesprächen deutscher Bundeskanzler und Regierungsmitglieder durch amerikanische Geheimdienste sichtbar gemacht (der Fall „Merkelphone“).

Vieles, was hierzu in der Presse und im Internet im Einzelnen berichtet wurde, ist für Außenstehende kaum zu überprüfen. Aber jede Untersuchung und jede sicherheitspolitische Maßnahme der Bun-

desregierung muß vernünftigerweise davon ausgehen, daß, wenn die technischen Möglichkeiten dazu bestehen, die amerikanischen, britischen und anderen westlichen Geheimdienste den Daten- und Nachrichtenverkehr auf deutschem Territorium elektronisch ausspionieren werden genauso wie russische oder chinesische Behörden oder ganz gemeine hacker, die privat auf eigene Faust aktiv sind. Presseberichten zufolge hat der damalige Kanzleramtsminister Roland Pofalla genau das bestritten. Im August 2013 berichtete er in Berlin, „sowohl der US-Geheimdienst NSA als auch der britische Geheimdienst hätten schriftlich erklärt, dass sie sich in Deutschland an Recht und Gesetz hielten und keine massenhafte Ausspähung betrieben“ (Wochenzeitung DIE ZEIT, 12. 8. 2013).

In Fachkreisen und den Medien ist über die Vorkommnisse und ihre Handhabung durch die deutsche Sicherheitspolitik viel debattiert worden. Der vorliegende Beitrag kann auf die breitgestreuten Befunde und die unterschiedlichen Einschätzungen, die sie erfahren haben, im Einzelnen nicht eingehen. Abschließend sind jedoch einige grundsätzliche Bemerkungen zum politischen Urteilshorizont der verantwortlichen Berliner Politiker und Parteien bei der Handhabung der Sicherheit der Bundesrepublik im Informationskrieg angebracht.

Ausgangspunkt sind die Erklärungen Roland Pofallas, mit denen der Kanzleramtsminister 2013 es in Abrede stellte, daß Deutschland von den Geheimdiensten einiger NATO-Partner routinemäßig ausspioniert wird. Diese Einschätzung der Sicherheitslage Deutschlands im Informationskrieg durch die Bundesregierung ist in einem Grade naiv, der an den elementarsten politischen Kompetenzen der Führung dieses Landes zweifeln läßt: Wenn ausländische Geheimdienste „schriftlich“ (!) erklären, daß sie in Deutschland nicht spio-

nieren, dann reicht das aus, ihnen zu glauben. Die Szene erinnert an das Märchen vom Wolf und den 7 Geißlein, in der der Wolf mit Kreide in der Stimme und einer weiß mit Mehl bestäubten Pfote junge Ziegen von der Lauterkeit seines Tuns überzeugt.

Eine professionell gehandhabte deutsche Sicherheitspolitik muß hingen davon ausgehen, daß fremde Geheimdienste sich nicht um deutsches Recht und die Gesetze scheren, wann immer sie einen Vorwand oder ein Motiv dafür haben. Sonst bräuchten sie erst gar nicht zu Mitteln der verdeckten Aufklärung zu greifen. Und weiterhin ist davon auszugehen, daß, wenn ein Geheimdienst ein Aufklärungsinteresse hat und über die technischen Mittel verfügt, sich die gewünschten Informationen zu verschaffen, wird er dies auch versuchen. Sonst könnte er sich den ganzen Spionageapparat und -aufwand sparen. Wohlgemerkt, es ist dabei nicht die Frage, ob die Bundesregierung oder der Bundesnachrichtendienst hierüber einen begründeten Verdacht oder sichere Informationen hat. Um eigene Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, müssen sie im Zustand der Ungewißheit den Spionagefall annehmen, das heißt ihn hypothetisch voraussetzen und entsprechend planen und handeln – unabhängig davon, ob dieser Fall tatsächlich vorliegt. Mit Gewißheit vom Gegenteil auszugehen, daß nämlich der Geheimdienst eines verbündeten Landes dem deutschen Partner gegenüber keinen Vertrauensbruch begeht, wäre frommes Wunschenken, das in der strategischen Analyse und sicherheitspolitischen Planung nicht nur nichts zu suchen hat, sondern eben für Deutschland sehr schädlich und im Zweifel brandgefährlich ist.



Gebhard Geiger, *Apl. Pof. Dr. phil. habil. Dr. rer. nat.* Studium der Physik in Freiburg/Br., München und Cambridge/England. Mehrjährige Berufstätigkeit als Physiker an Forschungseinrichtungen im In- und Ausland. Zweitstudium der Politik und Philosophie in München und Los Angeles (UCLA). MA in Politischer Wissenschaft (UCLA) und Habilitation in Philosophie

(Wissenschaftstheorie, Methodologie) an der Technischen Universität München (TUM). Langjährige Forschungs- und Lehrtätigkeit an der TUM auf den Gebieten der Methodologie der interdisziplinären Forschung, speziell der Risiko- und Sicherheitsforschung mit technischen und sozialwissenschaftlichen Anwendungen.

Gernot Facius

**Zweierlei Schicksal:
Vertriebene damals, Migranten heute.**

Ein Begriff macht eine steile Medienkarriere: „Schicksalsvergleich“. Man stößt auf ihn in den Kommentarspalten der Zeitungen, man findet ihn in wissenschaftlichen Publikationen, und gelegentlich taucht er auch im Fernsehen auf. In einer Sendung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) hieß es: „Hört sich an wie das Schicksal einer Syrerin, oder? Es ist aber die Geschichte von Gertrud Weißenborn, die 1945 aus Königsberg flieht.“ Der Sender ließ angesichts der aktuellen Flüchtlingsdebatte historische Texte von Deutschen mit Fluchterfahrung oder Vertreibungshintergrund verlesen. Das führt zu der Frage: Sind die aus den Unruhegebieten in Nahost, Afrika oder Asien nach Europa strömenden Menschen Schicksalsgefährten der deutschen Heimatvertriebenen?

Selbst Bernd Posselt, der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, dachte in diese Richtung, als er sich 2015 zum deutschen Gedenktag an die Massenvertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg äußerte. Allerdings machte er dann doch eine Einschränkung: Man könne das Schicksal beider Gruppen nicht völlig gleichsetzen. Der Grund liegt auf der Hand. Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten, dem Sudetenland und anderen deutschen Siedlungsgebieten besaßen einen absoluten Zwangscharakter - was sich für die meisten der Ankömmlinge von heute so nicht sagen lässt. Und außerdem handelte es sich damals um Landsleute, Men-

schen mit derselben Nationalität und Sprache, zum Teil mit derselben religiösen Prägung. Es waren eben „nicht Migranten, sondern Deutsche“, wie der CSU-Politiker Markus Söder 2011 bei den Kulturtagen der Banater Schwaben klarstellte. Ein Vergleich mit heutigen Flüchtlingen führe „nicht nur in die Irre, er ist auch falsch“, warnte der Historiker Mathias Beer (Tübingen). Die Leidensgeschichte der deutschen Heimatvertriebenen unter dem Stichwort „Migration“ abzuhandeln, käme in der Tat einer Verharmlosung dieses monströsen völkerrechtswidrigen Vorgehens gleich – da ist dem BdV-Präsidenten Bernd Fabritius zuzustimmen.

Dass historische Vergleiche danebengehen können, daran gibt es keinen Mangel. Ich erinnere nur daran, dass sich so mancher Politiker in die Nesseln gesetzt hat. Zum Beispiel im Jahr 2008 der damalige CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Georg Schmid, der mittlerweile von der politischen Bühne verschwunden ist. Auf offiziellem Fraktionspapier lieferte der „Schüttelschorsch“ eine eigenwillige Interpretation von Integration ab: „Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es zum Beispiel im Freistaat Bayern gelungen, dass Vertriebene zu selbstbewussten Bayern mit sudetendeutschen Wurzeln wurden. Warum soll das im 21. Jahrhundert nicht mit den Türken möglich sein?“ Mit dieser Aussage löste Schmid landesweit Empörung aus. Der CSU-Generalsekretär empfahl seinem Parteifreund, sich einer Geschichtsstunde zu unterziehen.

Es werden aber immer öfter gewagte Vergleiche angestellt. Für den Privatdozenten Stephan Scholz (Jahrgang 1971) von der Universität Oldenburg ist der „Schicksalsvergleich“ mit aktuellen Flüchtlingen und Zuwanderern ein neues Phänomen. Diese Beobachtung, wiedergegeben in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ der Bonner Bundeszentrale für politische Bildung, ist nicht falsch. In

der Tat war es noch zu Beginn der 1990er Jahre, als die Zahl der Asylsuchenden schon einmal stark angestiegen war, unüblich, die deutsche Erfahrung von „Flucht und Vertreibung“ zu den derzeitigen Vorgängen in ein Verhältnis zu setzen. Erst Mitte der 1990er rief der Volkskundler Albrecht Lehmann, der den erzählenden Umgang von Ost- und Sudetendeutschen mit ihrer Vertreibungserfahrung untersuchte, dazu auf, sich stärker einer solchen Perspektive zuzuwenden, um „in der Öffentlichkeit das Bewusstsein am Leben zu erhalten oder zu wecken, dass es in diesem Jahrhundert schon einmal gelungen ist, die Situation eines teils friedlichen teils konfliktreichen Kulturkontakts im Kontext einer Masseneinwanderung im Interesse beider Gruppen erfolgreich zu bestehen.“

Man ahnt, worauf er mit diesem Bandwurmsatz vor allem auf hinauswill: auf das Zauberwort Integration. Es wird zu einem Schlüsselbegriff in der aktuellen „Flüchtlings“-Debatte. Unmittelbar nach dem Krieg und der Vertreibung war dieser Begriff noch völlig unbekannt. Es gab das schlichte deutsche Wort „Eingliederung“. Erst Jahrzehnte später begann man, zumindest im Westen Deutschlands, in Politik und Publizistik von der „letztlich erfolgreichen Integration“ zu sprechen. Sie wurde nachträglich in den Rang eines positiven Gründungsmythos erhoben. Allerdings sagte im Jahr 2000 der damalige Bundespräsident Johannes Rau, dass die Integration „am Anfang alles anderes als leicht war“. Wohl wahr! „Tatsächlich waren bis weit in die 1950er Jahre hinein, Ablehnung, Diffamierung und blanker Hass an der Tagesordnung, inklusive rassistischer Vorurteile von Deutschen gegen Deutsche“, war 2016 im Deutschlandfunk zu hören. „Willkommenskultur“? Damals ein fremdartiger Begriff.

Sieben Jahrzehnte nach der Massenvertreibung sollte es erlaubt sein, daran zu erinnern, wie dieser Vorgang im damaligen Rumpf-

deutschland rezipiert wurde. Es kamen Deutsche zu Deutschen. Dennoch gab es das, was wir heute „Überfremdungsängste“ nennen. Im Emsland, aber nicht nur dort, hielt sich lange die Redensart von den drei größten Plagen: Wildschweine, Kartoffelkäfer und Flüchtlinge. In Schleswig-Holstein riefen Dithmarscher Bauern, als sie die ihnen von den Behörden zugewiesenen Vertriebenen und Flüchtlinge sahen: „In de Nordsee mit dat Schiet!“ Kein Einzelfall. In Hessen wurde ein Weingutsbesitzer im Rheingau, ein promovierter Ökonom, vom Landgericht Wiesbaden zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Mann hatte sich hinreißen lassen zu sagen: „Ihr Flüchtlinge gehört alle nach Auschwitz in den Kasten.“ Im Fastnachtzug im badischen Lahr wurde Ende der 1940er Jahre ein Transparent mitgeführt, auf dem zu lesen war: „Badens schrecklichster Schreck: der neue Flüchtlingstreck.“ Diffamierende Sprüche sind auch aus anderen Teilen der Republik bekannt. Auch aus Bayern. Professor Friedrich Prinz hat in seinem Büchlein „Szenenwechsel“ anschaulich beschrieben, was damals so alles möglich war. So musste das bayerische Staatskommissariat für Flüchtlinge und Vertriebene in einem Erlass ausdrücklich darauf hinweisen, dass es verboten sei, Flüchtlinge oder Heimatvertriebene außerhalb der Friedhöfe zu bestatten. Wohlgemerkt: Der Sudetendeutsche Friedrich Prinz schilderte Vorgänge in Bayern, einem direkten Nachbarn der Sudetendeutschen. Heute gehört die „gelungene Eingliederung“ zu den Standardreden der Politiker bei Treffen von Vertriebenen.

Ich habe in meinem Buch „Getäuscht und allein gelassen – Die deutschen Vertriebenen: Von Opferverbänden zu Trachtenvereinen?“ die Frage gestellt, was damit alles verbunden wird und gleich darauf eine Antwort gegeben: Den Deutschen aus den Ostgebieten, dem Sudetenland oder aus den Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa soll zu verstehen gegeben werden, dass sie nichts mehr

zu fordern haben. Den Nichtvertriebenen, den „Einheimischen“, schmeichelt man, dass sie seinerzeit alles richtiggemacht haben. Unter den Tisch fallen die ungelösten politischen und moralischen Fragen. „Bei Unrecht gibt es keinen Schlussstrich“, sagte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Hans-Jürgen Papier. Hält sich die deutsche Politik daran?

Gewisse „Schicksalsvergleiche“, darin ist Stephan Scholz zustimmen, wurden freilich bereits zu Beginn des deutschen Erinnerns an Flucht und Vertreibung angestellt, nur nahmen sie seinerzeit eine andere Richtung: „Dominant war in den ersten Nachkriegsjahren bis in die 1960er Jahre hinein der Vergleich von Vertriebenen und Einheimischen. In konfliktträchtiger Weise wurden insbesondere die erlittenen Kriegsverluste und der daraus resultierende Opferstatus gegeneinander aufgerechnet ... Innerhalb der deutschen Bevölkerung war das Gefühl verbreitet, zu dem auch kulturelle Differenzen beitrugen, zwei getrennten Schicksalsgemeinschaften anzugehören.“ Politiker und die Verbände der Vertriebenen betonten immer wieder die nationale Zusammengehörigkeit, um die wirtschaftlich und kulturell bedingten Differenzen aufzulösen. Der gemeinsame Wiederaufbau des am Boden liegenden Landes führte tatsächlich zu einem wachsenden Zusammengehörigkeitsgefühl, so dass in den 1980er Jahren „Schicksalsvergleiche“ zwischen Einheimischen und Vertriebenen „auch rückblickend kaum noch angestellt wurden“, wie der Migrationsforscher Klaus J. Bade herausfand. Die Überfremdungsängste, die Teile der nicht aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen beherrschten, waren überwunden.

Was heute als politisch bedenklich empfunden würde, war in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland ohne weiteres möglich: ein Schicksalsvergleich“ zwischen Vertriebenen und NS-Op-

fern, insbesondere Juden. 1950, im Jahr der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, schrieb der Soziologe Professor Eugen Lemberg: „Was Juden durch Deutsche zugefügt wurde, ist diesen von Tschechen und Polen widerfahren.“ Selbst SPD-Bundestagsabgeordnete zögerten nicht, die Vertreibung als „Völkermord“ zu bezeichnen. So zum Beispiel Jakob Altmaier, nachzulesen im Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages vom 8. Juli 1954. Das ist besonders interessant, war doch der zitierte Abgeordnete jüdischer Herkunft und aus der Emigration zurückgekehrt.

In den 1970er Jahren, im Zuge der so genannten „neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung Brandt/Scheel, wendete sich das Blatt. Es war nun verpönt, einen „Schicksalsvergleich“ mit den Opfern der NS-Politik anzustellen. Ausnahmen bestätigten eher die Regel. Eine solche Ausnahme machte, wenn auch später, der Historiker Andreas Kossert, der für die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin tätig ist und 2008 das Buch „Kalte Heimat“ herausgebracht hat. Kossert schrieb darin von einem „Rassismus“ gegen Vertriebene aus dem Osten, gegen die nach 1945 gehetzt worden sei wie „zuvor gegen Juden und Slawen“. Die deutschen Heimatvertriebenen wurden in Deutschland-West brutal ausgegrenzt. In Mitteldeutschland, der damaligen „DDR“, war das Wort „Vertriebene“ verpönt. „Umsiedler“ hieß es hier vernebelnd, denn man wollte oder durfte den „sozialistischen Bruderstaaten“, aus denen die Deutschen verjagt wurden, nicht auf die Füße treten.

Ein neues Opferbewusstsein begann sich dann, Jahre später, mit der deutschen Vereinigung vom 3. Oktober 1990 abzuzeichnen. Durchaus korrekt konstatiert der Oldenburger Privatdozent Scholz in der Zeitschrift „Berliner Republik“ eine erneute Hinwendung breiter gesellschaftlicher Kreise zu den deutschen Kriegsopfern, zunächst zu den Luftkriegstoten und dann zu den Vertriebenen. Die Ereignis-

nisse im ehemaligen Jugoslawien regten Ende der 1990er Jahre zu einem weiteren „Schicksalsvergleich“ an, in dem die deutschen Heimatvertriebenen nun rückblickend ebenfalls als Opfer „ethnischer Säuberungen“ erschienen. Das Konstrukt eines „Jahrhunderts der ethnischen Säuberungen“, so Stephan Scholz, habe Vertreibung und Völkermord wieder näher aneinander rücken lassen. Die Initiatoren und Ideengeber des „Zentrums gegen Vertreibungen“ um Erika Steinbach (damals CDU) und Peter Glotz (SPD), das gedanklich Pate stand für die heutige Berliner Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, nannten die Vertreibung einen „Genozid“. Der Holocaust, resümiert Scholz, bildete in der gesellschaftlichen Debatte nun den „allgegenwärtigen Bezugspunkt im Hintergrund, während direkte Vergleiche eher mit anderen Genoziden, vor allem mit dem Völkermord an den Armeniern gezogen wurden“.

Die Geschichte der deutschen „Flucht und Vertreibung“, meint der Oldenburger Historiker, sollte stärker in eine „umfassende Migrationsgeschichte“ eingebettet und als solche in das allgemeine Bewusstsein der Gesellschaft gerufen werden. Dies könnte auch „Anknüpfungspunkte“ für die steigende Zahl der Nachkommen nicht-deutscher Zuwanderer für diesen Teil deutscher Geschichte bieten und dazu beitragen, „der Falle einer einseitig nationalen Betrachtung oder eines auf die Opferperspektive verengten Diskurses zu entgehen“. Darüber darf zu Recht gestritten werden. Denn manche Entwicklung trägt nicht zur Klarheit, eher zur Vernebelung eines schwierigen Sachverhalts bei. Übrigens auch durch die deutsche Auswärtige Kulturpolitik. Ich nenne hier nur die Bedingungen, unter denen Veranstaltungen beispielsweise der deutschen Minderheit im heutigen Polen gefördert werden.

Etwa die Konferenz „Europa und Polen in Zeiten der Migration“, die Mitte Mai 2017 in Posen stattfand. Bereits im Oktober 2016

hatte sich in Groß Stein ein „Schlesienseminar“ dieser Thematik angenommen: „Migration aus den Perspektiven schlesischer, deutsch-polnischer und europäischer Erfahrungen“. Sarkastischer Kommentar in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“: „Wenn wir erst einmal alle Migranten sind oder waren, dann können wir auch alle glücklich und zufrieden zusammenleben. Ganz egal, ob wir nun Nachkommen von Hugenotten, Germanen oder Osmanen sind.“ Auch die Berliner Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat mit diesem Problem zu kämpfen.

*

Die Aufnahme und Verteilung von nach Europa strömenden Menschen ist ein zu komplexes Problem, um mit einfachen Antworten darauf zu reagieren. Es gibt allerdings gewisse Muster, die sich, schaut man zurück in die Geschichte, wiederholen. Zum Beispiel bei unseren tschechischen Nachbarn in Bezug auf Europa. Hier hat man es in der Tat mit „Dämonen und Ängsten“ zu tun, wie der Chefredakteur der Prager Wochenzeitschrift „Respekt“, Erik Tabery, meines Erachtens zu Recht erkannte. Der in Winterberg (Böhmerwald) geborene Tabery führt die Verweigerung gegenüber den Fremden indirekt auf die „Deutschen-Phobie“ zurück. Obwohl in der Tschechischen Republik fast kein Flüchtling lebe, zeichneten sogar sogenannte seriöse Medien und die Politik ein Bild der Apokalypse, als ob die Zerstörung Europas bevorstünde. In seiner 20jährigen Tätigkeit habe er eine solche Hasskampagne nicht erlebt, gestand der tschechische Publizist.

Ein Sicherheitsproblem, das sich bei der Aufnahme der Ost- und Sudetendeutschen nicht stellte: Zwei von drei der heutigen Schutzsuchenden kam und kommen ohne brauchbare Papiere ins Land. Die Folge: Bei vielen der monatlich rund 13 000 einreisenden Per-

sonen weiß der Staat nicht, wen er vor sich hat. Er ist vor allem auf die Erzählung des Ankömmlings angewiesen. Nach vorsichtigen Schätzungen sind gegenwärtig rund 65 Millionen Menschen unterwegs, von denen nur ein ganz geringer Teil unter die übliche Flüchtlingsdefinition fällt. Man könne gewiss nicht von 65 Millionen Einzelwanderern sprechen, gab der Kolumnist „Pankraz“ in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu bedenken. Von einer gewissen Anzahl von Migranten an entstehe eine Bewegung, die nur mit eigenem Vokabular beschrieben werden könne: „Was zur Zeit unterwegs ist, sind Angehörige von ‚gescheiterten‘ Staaten oder Stammesgemeinschaften, die es nicht vermögen oder gar nicht daran interessiert sind, ihre heimatlichen Verhältnisse in Ordnung zu bringen beziehungsweise in Ordnung zu halten. Sie wandern nun in fremde Staaten ein, nicht um sich deren Ordnung anzupassen, sondern – ganz wie einst die alten Germanen, Hunnen, Mongolen oder Amerika-Einwanderer – ihre eigenen Ordnungsvorstellungen beziehungsweise Unordnungsvorstellungen durchzusetzen.“ Selbstbewusste Sucher nach einem besseren Leben also, in welchem Land auch immer. Man muss diese zugespitzten Aussagen nicht teilen, bedenkenswert sind sie freilich allemal.

Dieser „Ansturm auf Europa“, speziell auf Deutschland, hat gravierende Folgen für das Wirtschafts- und Sozialsystem des jeweiligen Aufnahmelandes. Ende 2015 bezogen etwa eine Million „Asylanten“ Sozialhilfe, fast 170 Prozent mehr als im Vorjahr. Es kamen, anders als vielfach dargestellt, nur wenige hochqualifizierte Kräfte, die die deutsche Wirtschaft brauchen könnte. Es gilt deshalb Abschied zu nehmen von einer Legende: Die Flüchtlinge von heute werden nicht zur Grundlage eines neuen „Wirtschaftswunders“ werden. Sie werden auch kaum die „neuen Gastarbeiter“ sein, wie einige Industrielle und Politiker noch 2015 meinten. Die Prognosen

des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sind ernüchternd. Zentrale Aussage: Flüchtlinge senken das Niveau der Bildung hierzulande, vergrößern den Anteil der so genannten Niedriglöhner und verstärken die soziale Spaltung. Damit verbietet sich von vornherein jegliche Gleichsetzung mit den meist gut ausgebildeten Fachkräften unter den Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die frischen Wind in das „einheimische“ Arbeits- und Berufsleben brachten, neue Unternehmen aufbauten und das „Nachkriegswunder“ in erheblichem Maße mittrugen. Ortsnamen wie Neu Gablonz, Waldkraiburg, Neutraubling oder Bubenreuth sind Zeugnisse des Aufbauwillens der ehemaligen Habenichtse.

Und heute? Die Experten des Industrieinstituts befürchten eine Verschlechterung der „Qualifikationsstruktur in Deutschland“. Damit sei selbst dann zu rechnen, wenn ein bedeutender Teil der Ankömmlinge aus dem Krisengebieten noch Kompetenzen erwerbe und Qualifizierungsmaßnahmen absolviere. Derzeit können nur 55 Prozent der erwachsenen „Flüchtlinge“ einen Mittelschulabschluss bzw. weiterführenden Abschluss vorweisen. Neun Prozent haben nie eine Schule besucht, und 24 Prozent hätten die Schule ohne Abschluss verlassen. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Quote der Schulabbrecher nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei etwa vier Prozent.

Um gerecht zu sein: Natürlich gibt es auch große Unterschiede unter den Ankömmlingen aus Afrika und Asien. 40 Prozent der aus Syrien kommenden Menschen können einen weiterführenden Schulabschluss vorweisen, der zumindest theoretisch mit der deutschen Hochschulreife gleichzusetzen ist. Anders sieht es bei den Afghanen aus. Mehr als ein Viertel von ihnen war nie auf einer Schule, von einem Abi-ähnlichen Abschluss können nur 17 Prozent spre-

chen. Es sind also nicht die erwünschten neuen Fachkräfte, sondern eher eine riesige Belastung vor allem des Bildungssystems. Sinkt das Niveau an den Schulen, leiden alle Schüler und schließlich auch die Wirtschaft. In Deutschland muss man also damit aufhören, von den Menschen aus den Krisengebieten dieser Welt eine Lösung des Fachkräftemangels zu erwarten. Man muss endlich damit beginnen, sich ehrlich zu machen, in Politik, Wirtschaft und natürlich auch Publizistik.

Natürlich, wer wollte das leugnen, gibt es gewisse Parallelen zwischen „damals“ und „heute“. Das Lastenausgleichsgesetz (LAG) aus dem Jahr 1952, durch das über Vermögensabgaben der „Einheimischen“ den „Neubürgern“ geholfen wurde, schürte Ressentiments. Auch damals gab es Klagen über eine Bevorzugung - der Vertriebenen und Flüchtlinge. Dabei ging es gar nicht um eine Entschädigung im Wortsinne für das verlorene Vermögen, lediglich um eine Starthilfe. Davon haben beide Seiten profitiert. Dem Aufnahmeland kam, wie erwähnt, die meist gute Ausbildung und Qualifikation der Vertriebenen und Flüchtlinge zugute. Das markiert schon einen Unterschied zu heute. Die Parole kann deshalb nur lauten: Bildung, Bildung, Bildung! Auch wenn die strukturellen Bedingungen für „Integration“ heute viel besser sind als zu den Zeiten, als die Deutschen aus dem Osten kamen. Und man kann das Faktum nicht einfach wegwischen, dass die kulturellen Gräben diesmal objektiv größer und tiefer sind als in der deutschen Nachkriegszeit.

Zusammengefasst: Vergleichen und Gleichsetzen sind zwei paar Stiefel. Das wird von manchen Zeitgenossen beharrlich negiert, die – aus welchen Motiven auch immer – eine direkte Linie von den Vertriebenen von damals und den Asylbewerbern bzw. „Flüchtlingen“ von heute ziehen und ihre Meinung in die Welt hinausposaunen:

Was seinerzeit möglich gewesen ist, dürfte doch heute kein Problem sein. Ein fataler Fehlschluss. Es kann gar nicht oft genug wiederholt werden, dass damals Menschen gleicher Zunge und gleicher Kultur ankamen. Der überwiegende Teil der Neuankömmlinge hingegen hat die ganze ideologische und politische Zerrissenheit der arabischen, afrikanischen oder asiatischen Herkunftsgesellschaft mit im Gepäck. Integration wird so zu einer politischen und ökonomischen Mammutaufgabe, auch wenn die Verhältnisse anders sind als in den späten 1940er Jahren. Ost- und Sudetendeutsche haben allen Versuchen der Radikalisierung widerstanden, obwohl, wie erwähnt, von einer „Willkommenskultur“ nicht die Rede sein konnte. Vom Wohlstand verwöhnte Generationen haben aus ihren Köpfen die Erinnerung an den „Homo barackensis“ gelöscht, an den Vertriebenen oder Flüchtling, der mit den Seinen bis Mitte der 1960er Jahre in Barackenlagern oder Nissenhütten an der Peripherie deutscher Städte leben musste. Das Elend dieser Menschen hat nicht zum Entstehen von Parallelgesellschaften geführt. Dieses Phänomen ist neu.

Es waren überwiegend leistungsbereite Landsleute, die keine hohen Ansprüche stellten, aber oft rassistische Vorurteile gegen „die aus dem Osten“ zu spüren bekamen, was – anders als im Falle der „Flüchtlinge“ von heute – nur selten von Gerichten oder Behörden gerügt wurde. Ihre Integration mussten sie sich zäh erkämpfen. Sie fielen auf durch Unauffälligkeit. Sie suchten die Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft. Vielen Kindern von Vertriebenen wurde eingebläut: Streng dich an, du musst besser sein als deine einheimischen Altersgenossen.

Natürlich waren es nicht alle Heilige, die in Rumpfdeutschland Fuß zu fassen suchten. Aber das ist der große Unterschied zu heute: Unter ihnen befanden sich keine „Gefährder“ oder sonstige Gewalt-

täter, die man mittels elektronischer Fußfesseln zur Raison bringen musste. Anschläge wurden von ihnen weder geplant noch ausgeführt. Sie waren weder als Rauschgiftdealer unterwegs, noch sind sie durch falsche Identitäten aufgefallen.

Gernot Facius (Jahrgang 1942) arbeitete von 1976 bis 2013 für die



Tageszeitung DIE WELT in Bonn und Berlin. Er war u.a. stellvertretender Chefredakteur und Autor für den Bereich Religion und Gesellschaft. Ende 2015 erschien von ihm das Buch „Getäuscht und allein gelassen – Die deutschen Vertriebenen: Von Opferverbänden zu Trachtenvereinen?“